



Verarbeitendes Gewerbe: Inlandsnachfrage im ersten Quartal mit mehr Dynamik .....	383
Wohnungsmieten in Deutschland im Jahr 1997 — Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) .....	392
Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) .....	402
Zahlenbeiträge	

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## WOCHENBERICHT 22/98

Berlin

28. Mai 1998

65. Jahrgang

### Verarbeitendes Gewerbe: Inlandsnachfrage im ersten Quartal mit mehr Dynamik

Die Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen hat im ersten Quartal dieses Jahres saisonbereinigt<sup>1</sup> etwas stärker expandiert als im Quartal zuvor. Im wesentlichen ist dies auf einen kräftigen Anstieg der Nachfrage aus dem Inland zurückzuführen; die Auslandsnachfrage, die schon im Verlauf des zweiten Halbjahres 1997 allmählich an Dynamik verloren hatte, verharrte im ersten Quartal auf dem Niveau vom Vorquartal. Das insgesamt hohe Nachfrageniveau führte dazu, daß die Produktionstätigkeit des verarbeitenden Gewerbes im ersten Quartal unvermindert stark zunahm (+2 %).<sup>2</sup>

Insgesamt zeichnet sich nach den Ergebnissen des ersten Quartals 1998 folgendes Konjunkturmodell ab:

- Die Produktion von Vorleistungsgütern hat in diesem Konjunkturzyklus offenbar den Zenit überschritten. Die Dynamik der Auslandsnachfrage hat sich deutlich abgeschwächt.
- Die Investitionsgüterindustrie, die nach wie vor von einer regen Nachfrage des Auslands profitiert, erhält inzwischen verstärkt Aufträge aus dem Inland, was auf die allgemeine Belebung der Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft zurückzuführen ist.
- Die Gebrauchsgüterhersteller, sieht man von der Automobilindustrie ab, und vor allem die Verbrauchsgüterhersteller bleiben weiterhin auf der Schattenseite der Konjunktur. Der Ausfuhranteil an der Produktion ist hier zu gering, um die Nachfrageschwäche des Inlands zu kompensieren. Hinzu kommt der anhaltende Importdruck aus Niedriglohnländern.

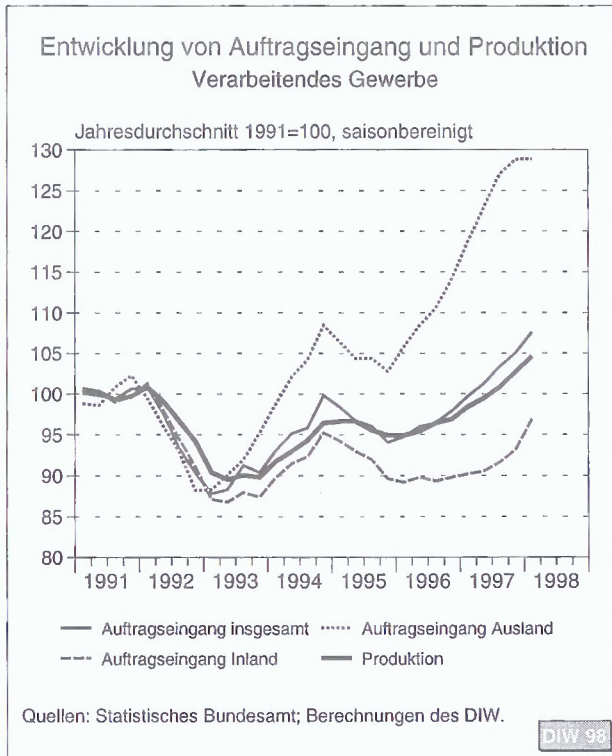
#### Vorleistungssektor: Verlangsamte Expansion auf hohem Niveau

Bei den Herstellern von Grundstoffen und Vorprodukten kam es im ersten Quartal erstmals seit Anfang 1996 zu einem Rückgang des inzwischen außerordentlich hohen Auftragseingangsvolumens aus dem Ausland (–3 %); die Nachfrage aus dem Inland stieg dagegen um 2 %. Das gesamte Auftragseingangsvolumen hat daher gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt nur noch geringfügig zugenommen, war aber noch um 9 % höher als ein Jahr zuvor. Die Produktion von Grundstoffen und Vorprodukten

<sup>1</sup> Bei der Analyse und der Beschreibung der Entwicklung werden — soweit nicht anders gekennzeichnet — stets die von Kalenderunregelmäßigkeiten und Saisonschwankungen bereinigten Werte des Auftragseingangs bzw. der Produktion zugrundegelegt. Die Bereinigung erfolgt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

<sup>2</sup> Die statistischen Ergebnisse ab Januar 1998 für den Auftrags- und den Produktionseingang des verarbeitenden Gewerbes können durch die erstmalige Einbeziehung von meldepflichtigen Betrieben, die in der Handwerkszählung für 1995 festgestellt wurden, positiv beeinflusst worden sein (siehe hierzu auch die Anmerkungen des Statistischen Bundesamtes in Fachserie 4, Reihe 2.1 für Februar). Die sich daraus ergebenden Sprünge zwischen den statistischen Ergebnissen bis Dezember 1997 und den bisher ab

Abbildung 1



wurde erneut gesteigert und war um 10 % höher als im entsprechenden Vorjahresquartal.

In Deutschland produzierte Grundstoff- und Produktionsgüter stammen zu rund 16 % aus der chemischen Industrie; sie machen mehr als die Hälfte der gesamten Chemieproduktion aus. In diesem Industriezweig hat sich im ersten Quartal eine leichte Abnahme der Nachfrage ergeben; Inlandsorder wie Auslandsorder waren gleichermaßen von der Abschwächung betroffen. Dem trug die chemische Industrie mit einer Verminderung der Produktionstätigkeit um knapp 1 % gegenüber dem Vorquartal Rechnung. Das Produktionsvolumen lag aber noch um gut 5 % über dem vom Vorjahr. Die nachlassende Nachfragedynamik wird in erster Linie als Auswirkung der Finanzkrise in Asien gesehen.

Im Grundstoffsektor der chemischen Industrie wurde im ersten Viertel dieses Jahres nach rund zwei Jahren stetiger Expansion der Produktionstätigkeit der Output leicht zurückgenommen (-2 % gegenüber Vorquartal). Insbesondere wurde die Produktion von anorganischen und organischen Grundstoffen und Chemikalien eingeschränkt (-4 %). Eine tragende Säule der chemischen Industrie ist weiterhin die Herstellung von Anstrichmitteln, Druckfarben und Kittungen, die auch im vergangenen Quartal expandierte. Insbesondere stieg der Absatz von Lacken und Farben für die Automobilindustrie und für den Maschinenbau — Industriesektoren, die sich im konjunkturellen

Aufwind befinden. Dämpfend wirkte nur die rückläufige Baukonjunktur. Ein Ende der Talfahrt zeichnet sich hier allerdings ab.

Metallerzeuger und Metallbearbeiter produzieren knapp 10 % aller industriellen Grundstoff- und Vorprodukte. Die seit dem Sommer 1996 starke Expansion der Produktion in diesem Bereich setzte sich auch im ersten Quartal dieses Jahres fort. In saisonbereinigter Betrachtung stieg die Produktionstätigkeit um gut 2 %; gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum war das Volumen um 13 % höher.

Allerdings ließ die Nachfrage nach Metallerzeugnissen sowohl aus dem Inland wie auch aus dem Ausland im ersten Quartal nach, im wesentlichen bedingt durch eine leicht rückläufige Nachfrageentwicklung im Sektor Roheisen, Stahl und Ferrolegerungen. Dank hoher Auftragsbestände konnte der Output von Roheisen und Stahl saisonbereinigt weiter gesteigert werden (+3 %). Die Störung in der Nachfrageentwicklung kann von Lagerbewegungen bewirkt worden sein. Der Stahlhandel wie auch die wichtigen industriellen Abnehmer dürften im vergangenen Jahr im Hinblick auf mögliche Produktionsengpässe der Stahlindustrie ihre Lager erheblich aufgestockt haben und beginnen nun, die Stahlnachfrage wieder an ihre Produktionsbedürfnisse anzupassen. Immerhin stieg die Stahlproduktion im vergangenen Jahr unerwartet stark um gut 13 % auf 45 Mill. t, von denen knapp 20 Mill. t ausgeführt wurden (zum Vergleich: Weltstahlproduktion +6 % und Produktion in der EU ohne Deutschland +7 %).

Die Erzeugung und erste Bearbeitung von NE-Metallen — der Anteil am Produktionsvolumen der Metallerzeuger und -bearbeiter beträgt gut 16 % — war im ersten Quartal saisonbereinigt um 2 % niedriger als im Vorquartal. Da bei den wichtigen Abnehmern keinerlei nachhaltige Produktionseinschränkungen zu beobachten waren, dürfte auch hier der Abbau von Lagerbeständen für den Rückgang der Produktion maßgebend gewesen sein. Nicht nur in der Kommunikationstechnik, auch in der Automobilindustrie und im Maschinenbau stieg der Verbrauch weiterhin deutlich.

Im Produktionsfluß zwischengeschaltet sind hier meist noch die NE-Metall-Gießereien mit einer ersten Formgebung des Metalls. Die Gießereiindustrie — zu 60 % NE-Metall-Gießereien — ist direkter Zulieferer der Automobilindustrie und des Maschinenbaus; sie führt rund ein Viertel ihrer Erzeugnisse aus. Dank reger Nachfrage aus dem In- und Ausland steigerten die Gießereien auch im ersten Quartal ihren Output wieder deutlich (+2 %).

Januar 1998 vorliegenden machen sich im wesentlichen auf den niedrigen Aggregationsstufen der Klassen der WZ93 und in den statistischen Ergebnissen für Ostdeutschland bemerkbar. Auf die Analyse der Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands wurde deshalb auch verzichtet.

Tabelle 1

## Auftragseingang und Produktion im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

Sektoren	Struktur <sup>1)</sup> 1997	Produktion <sup>2)</sup>			Export- quote <sup>3)</sup> 1997	Auftragseingang <sup>4)</sup> Veränderung in % gegenüber Vorjahr		
		Index 1997	Veränderungen in % gegenüber Vorjahr			Insgesamt I 1998	Inland I 1998	Ausland I 1998
			1997	I 1998				
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe <sup>5)</sup>	100,0	99,7	4,2	9,1	31,9	10,7	10,7	10,7
Produzentengruppen <sup>6)</sup>								
Vorleistungsgüterproduzenten	44,0	104,1	6,0	9,8	28,2	9,1	9,9	7,7
Investitionsgüterproduzenten	32,2	99,9	4,7	12,4	47,2	15,3	14,5	16,3
Gebrauchsgüterproduzenten	9,5	85,9	0,9	4,8	26,4	9,8	11,4	7,9
Verbrauchsgüterproduzenten	14,3	95,4	-1,1	3,0	15,4	0,4	0,0	1,0
Abteilungen der WZ93:								
Kohlenbergbau	2,2	61,9	-4,4	-7,1				
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, Sonstiger Bergbau	0,7	98,1	0,0	4,1				
Ernährungsgewerbe	8,1	109,6	1,0	6,4	11,1			
Tabakverarbeitung	0,5	80,4	-2,5	5,7	9,3			
Textilgewerbe	1,9	69,1	0,1	1,6	30,4	3,1	-0,4	10,9
Bekleidungs-gewerbe	1,3	51,8	-7,8	-4,2	25,7	3,2	-0,1	11,4
Ledergewerbe	0,4	57,3	-1,6	-0,5	24,2	-3,3	-7,4	13,3
Holzgewerbe ohne Möbelherstellung	1,6	110,5	2,5	8,2	11,0	8,8	7,8	16,7
Papiergewerbe	2,3	100,5	3,0	3,7	32,7	2,2	3,2	0,4
Druckereigewerbe	2,8	89,4	-2,0	0,6	6,1	1,7	1,7	1,7
Kokerei, Mineralölverarbeitung	0,7	94,1	-1,9	0,6	3,2	4,3	3,7	4,8
Chemische Industrie	9,2	115,6	6,1	5,2	45,8	9,0	8,2	11,2
Herst. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	4,4	100,8	8,7	9,7	26,4	5,1	5,3	4,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	3,6	106,7	0,4	6,5	16,1	3,3	7,0	-2,2
Metallerzeugung u. -bearbeitung	4,8	95,9	9,4	13,0	35,6	4,1	8,4	-3,2
Herst. v. Metallerzeugnissen	7,7	110,2	5,2	14,8	20,1	14,6	12,7	22,3
Maschinenbau	14,6	89,3	3,8	14,4	46,8	14,0	11,9	16,4
Herst. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. -Einrichtungen	2,2	105,7	18,6	22,7	38,6	8,5	0,9	21,8
Herst. v. Geräten der Elektrizitäts- erzeugung u. -verteilung	6,0	100,0	3,0	12,3	34,3	13,6	17,2	7,2
Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	3,8	137,4	10,1	-3,8	48,9	-0,1	5,6	-5,6
Medizin-, Meß-, Steuer- u. Regel- technik, Optik	4,3	94,7	1,1	11,9	40,3	5,5	-0,6	13,7
Herst. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	11,1	103,8	6,7	16,1	52,1	13,3	19,2	8,0
Sonstiger Fahrzeugbau	2,3	74,2	0,2	4,5	48,0	108,6	103,2	114,4
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten etc.	3,2	85,8	-2,7	2,6	18,8	6,5	6,7	5,4

1) Anteile in % an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes insgesamt. — 2) Index der Produktion, 1991 = 100. — 3) Auslandsumsatz in % des Gesamtumsatzes des jeweiligen Sektors. — 4) Volumenindex, 1991 = 100, kalendermonatlich. — 5) Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. — 6) Die Produzentengruppen sind die Zusammenfassung aller WZ93-Klassen gleicher Güterkategorie.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

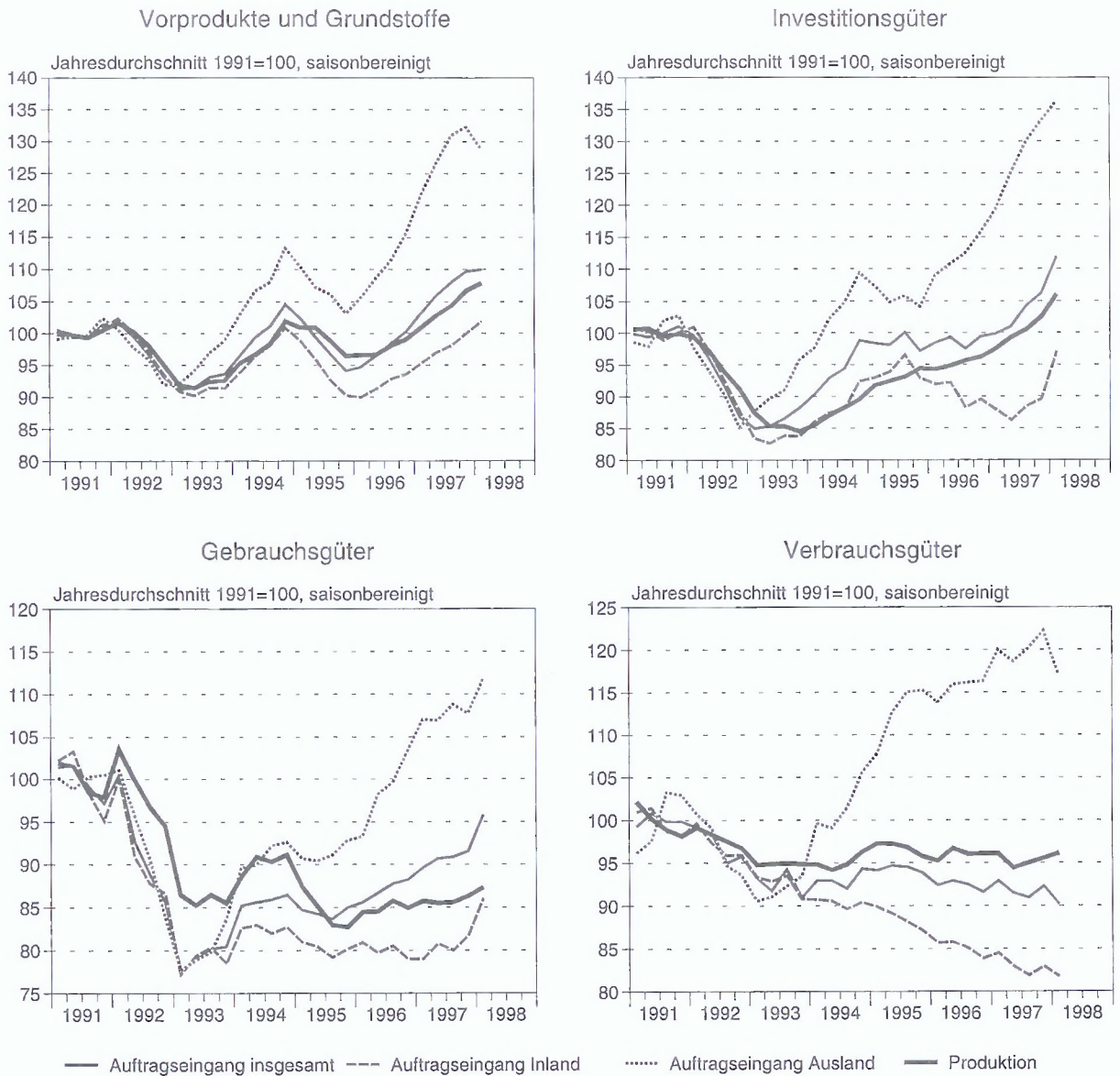
Bei den Gummi- und Kunststoffwaren hat sich die Expansion der Produktion, die zu Beginn des vergangenen Jahres einsetzte, weiter fortgesetzt. Das Produktionsvolumen war im Berichtsquartal mit knapp 10 % deutlich höher als ein Jahr zuvor; saisonbereinigt nahm die Produktion im ersten Quartal um knapp 2 % zu. Gleichzeitig hat die Nachfrage aus dem Inland wie aus dem Ausland nochmals kräftig

zugelegt. Die Erzeugung von Gummiwaren entwickelte sich dabei sehr viel verhaltener als die von Kunststoffwaren, die in den ersten drei Monaten um 3 % zunahm.

Das Textilgewerbe, das nun schon seit 1991 kontinuierlich schrumpft, konnte bis zum Herbst des vergangenen Jahres die Produktion aufgrund der stark gestiegenen Nachfrage aus dem Ausland nach textilen Vorprodukten

Abbildung 2

## Entwicklung von Auftragseingang und Produktion



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 98

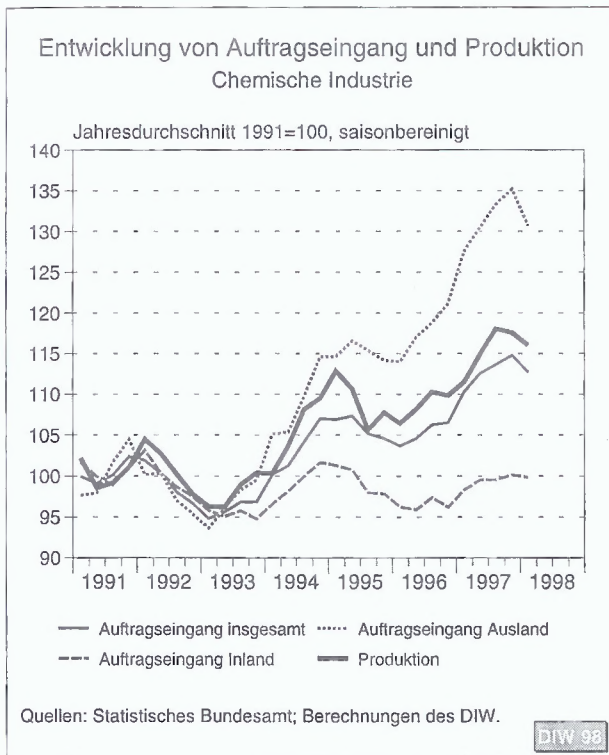
auf niedrigem Niveau stabilisieren. Im letzten Quartal 1997 und auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres war jedoch wieder ein deutlicher Abwärtstrend zu beobachten.

### Investitionsgütersektor: Inlandsnachfrage zieht an

Die konjunkturelle Entwicklung im Investitionsgütersektor war im ersten Quartal durch eine auf außerordentlich

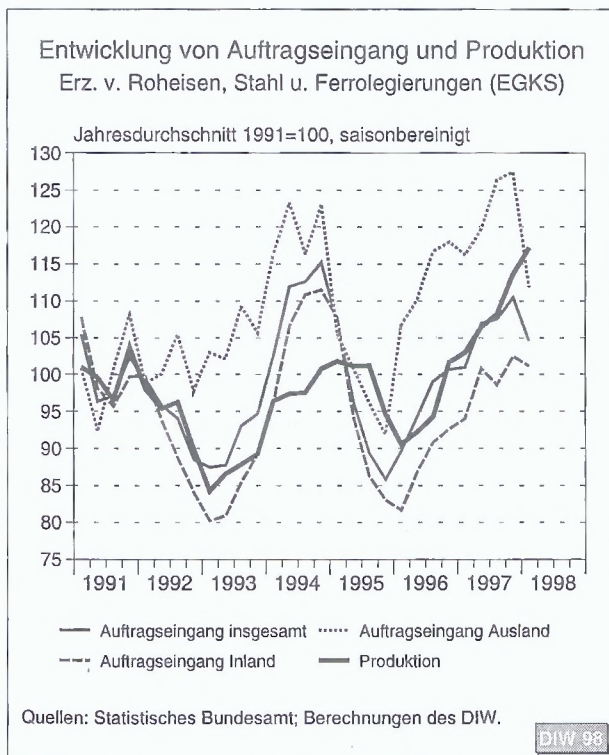
hohem Niveau weiter steigende Auslandsnachfrage geprägt. Der saisonbereinigte Index des Auftragseingangs aus dem Inland ist jetzt nach längerer Talfahrt sprunghaft gestiegen, was vor allem auf die allgemeine Belebung der Investitionstätigkeit, aber auch auf Kalendereffekte zurückzuführen ist. Insgesamt nahm damit der Auftragseingang stärker zu als im Vorquartal (5 % nach 2 %). Auch das Produktionswachstum hat sich im Zuge der kräftigen Nachfrageentwicklung bei den Herstellern von Investitionsgütern im ersten Jahresviertel deutlich beschleunigt.

Abbildung 3



Der Maschinenbau als bedeutendster Investitionsgüterhersteller steigerte weiter seine Produktionstätigkeit (+3 %). Die im letzten Quartal des Jahres 1997 stockenden

Abbildung 4



Ordereingänge aus dem Ausland als Folge der Asienkrise waren angesichts der hohen Auftragsbestände in weiten Teilen des Maschinenbaus bislang ohne negative Auswirkungen auf die Produktionsabläufe.

Das gesamte Auftragsvolumen war auch im ersten Quartal weit höher als die Produktion, so daß weitere Auftragspolster gebildet werden konnten. Die Inlandsnachfrage, die bereits zu Beginn des vergangenen Jahres Anzeichen einer allmählichen Belebung auf einem allerdings äußerst niedrigen Niveau erkennen ließ und im weiteren Verlauf eine eindeutig aufwärtsgerichtete Tendenz beibehielt, stieg in den ersten drei Monaten dieses Jahres verstärkt.

Die höhere Produktionstätigkeit im Maschinenbau rührt in zunehmendem Maße von den Sektoren her, die investitionsreife Maschinen, Geräte und sonstige Ausrüstungen produzieren. Der Werkzeugmaschinenbau, mit gut 17 % an der Wertschöpfung des gesamten Maschinenbaus beteiligt und bis weit in das Jahr 1997 hinein mit einer rezessiven Entwicklung der Nachfrage konfrontiert, expandiert wieder. Die Inlandsnachfrage nach Werkzeugmaschinen stieg leicht. Gemessen an der Produktionsentwicklung — saisonbereinigter Anstieg um knapp 7 % — zeigt sich indes eine deutliche Belebung auf allerdings niedrigem Niveau. Dies ist Ausdruck der insgesamt noch geringen Investitionsneigung der deutschen Wirtschaft und des Maschinenbaus selbst.

Ein weiterer größerer Bereich des Maschinenbaus ist — mit einem Produktionsanteil von rund 13 % — die „Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschaftszweige“. Die

Abbildung 5

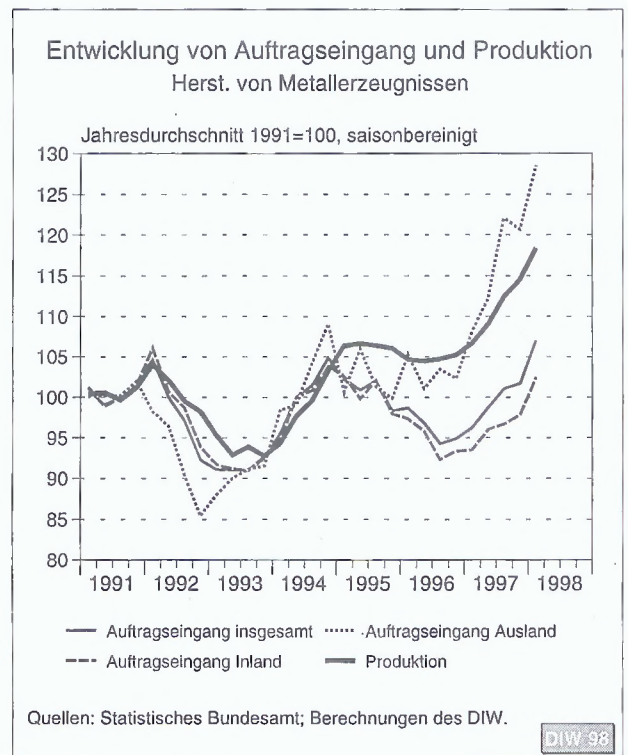


Abbildung 6

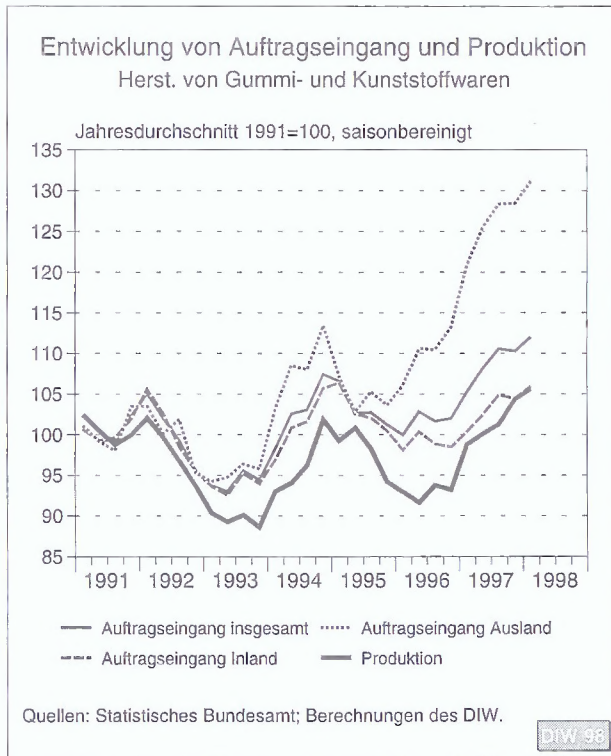
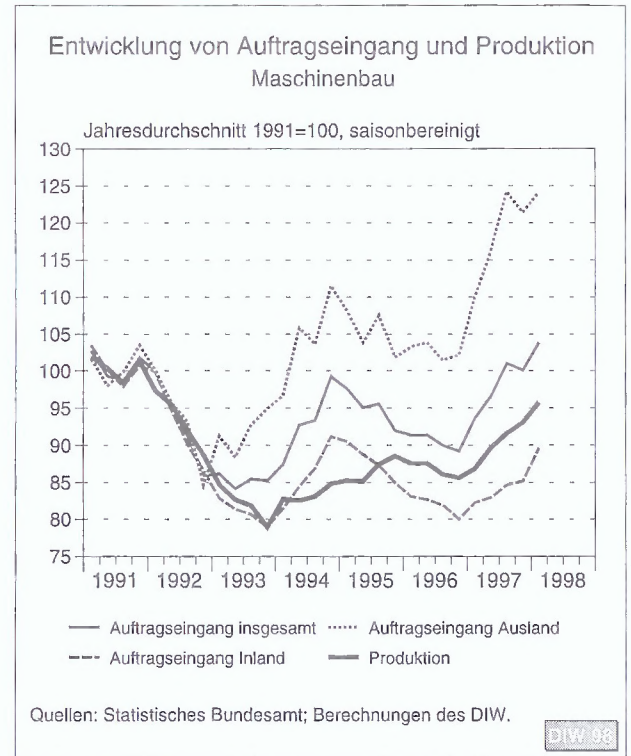


Abbildung 7



Erzeugnisse finden Verwendung im Druckgewerbe, in der Herstellung von Maschinen für die Gummi- und Kunststoffverarbeitung, von Maschinen der automatischen Montagetechnik und Handhabung wie auch von Mehrzweckindustrierobotern. In diesem Bereich des Maschinenbaus nahm auch im ersten Quartal die Produktion deutlich zu. Die Nachfrage nach diesen Produkten ist, von einigen Schwankungen abgesehen, seit Mitte 1993 gestiegen. Deutlich aufwärtsgerichtet war die Nachfrage nach Kunststoffverarbeitungsmaschinen. Der Bereich profitierte von der lebhaften Nachfrage aus der Verpackungsindustrie, die hier inzwischen einen Anteil von 37 % hat, sowie aus dem Fahrzeugbau.

Die Hersteller von Pumpen und Kompressoren, von Armaturen sowie von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebs-elementen, deren Produktion überwiegend ins Ausland geliefert wird, erhalten immer mehr Aufträge aus dem Inland. Hier war der Ordereingang in den ersten drei Monaten dieses Jahres besonders rege.

Maschinen für Wirtschaftszweige, die in der Konsumgüterherstellung und in der Bauwirtschaft Verwendung finden, sind nach wie vor wenig gefragt. Die Herstellung von Maschinen für das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe verharrt auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Produktion von Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen sowie von Maschinen für die Tabakverarbeitung ist weiterhin rückläufig.

Rund 11 % aller im verarbeitenden Gewerbe hergestellten Investitionsgüter sind Maschinen sowie Geräte der

Medizin-, Meß-, Regelungs- und Steuerungstechnik. Im vergangenen Jahr hat die Auslandsnachfrage (Exportquote 39 %) hier eine Wende in der Entwicklung der Produktion gebracht. Die leichte Belebung der Inlandsnachfrage, die im letzten Quartal 1997 zu beobachten war, setzte sich zu Beginn dieses Jahres fort. Seit Herbst vergangenen Jahres steigt die Produktion saisonbereinigt wieder deutlich; sie war im ersten Quartal um 3 % höher als im Vorquartal.

Die Hersteller von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen konnten im ersten Viertel dieses Jahres ihre Produktion nicht weiter ausdehnen. Damit ist erstmals seit Anfang 1994 das starke Wachstum dieser Branche zum Stillstand gekommen. Neue Anwendungsfelder im gewerblichen, öffentlichen und privaten Bereich sowie fallende Preise bei steigender Leistungsfähigkeit der Produkte stimulierten die Nachfrage. Auch ein immer kürzerer Produktzyklus bei der Hardware, gefolgt von auf die Geräte zugeschnittener leistungsfähigerer Software, regte die Nachfrage an. Gerade letzteres könnte nun aber zu einer gewissen Kaufzurückhaltung und zur Verlangsamung der Produktionstätigkeit geführt haben.

### Nachfrage nach Gebrauchsgütern insgesamt leicht gestiegen

Verhalten war die Entwicklung bei den Herstellern von Gebrauchsgütern, die nach wie vor von der Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte betroffen sind. Auftragsein-

Abbildung 8

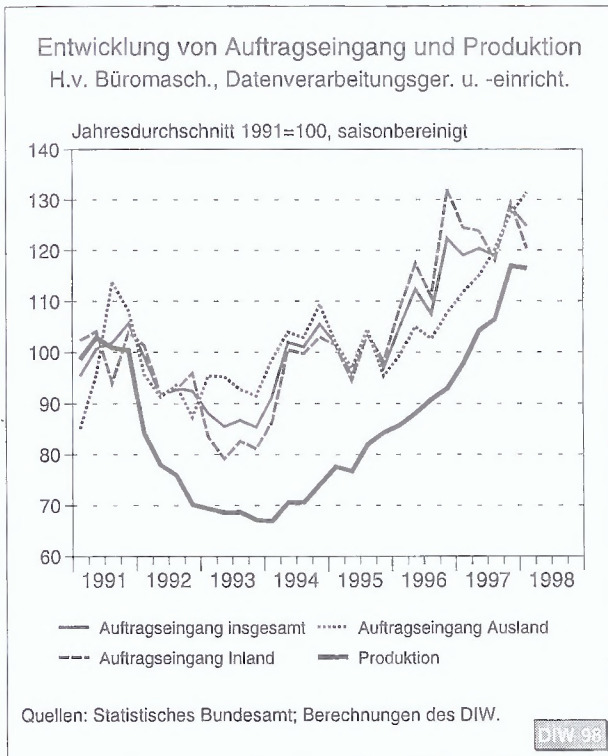
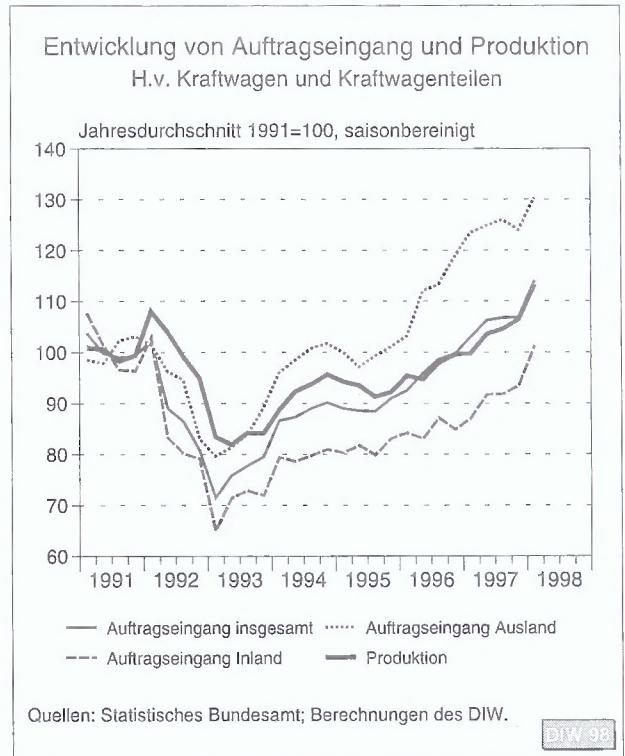


Abbildung 9



gang und Produktion waren im ersten Quartal zwar höher als im Vorquartal, eine eindeutige Tendenz zur Besserung der Lage läßt sich allerdings noch nicht erkennen. Vielmehr dürfte die Erhöhung der Mehrwertsteuer Anlaß zu vorgezogenen Anschaffungen langlebiger Gebrauchsgüter gewesen sein.

Eine Sonderstellung unter den Gebrauchsgüterproduzenten nimmt der Fahrzeugbau ein. Die Nachfrage nach deutschen Automobilen<sup>3</sup>, ohnehin auf hohem Niveau laufend, war zu Beginn dieses Jahres durch einen kräftigen Ordereingang aus dem Inland gekennzeichnet. Hier gingen 9 % mehr Bestellungen ein als im Vorquartal (3. und 4. Vierteljahr 1997 jeweils +4 %). Die Auslandsorder, die inzwischen etwas mehr als 50 % des gesamten Auftrags- einkangs des Fahrzeugbaus ausmachen, stiegen demgegenüber schwächer als in den Vorquartalen (4 % nach 12 % bzw. 11 %).

Im ersten Quartal wurden 12 % mehr Zulassungen von Pkw — insgesamt 977 Tsd. — registriert als ein Jahr zuvor. Allein im März wurden 526 Tsd. Pkw im Flensburger Kraftfahrt-Bundesamt angemeldet. Das waren 22 % mehr Zulassungen als im März 1997. Dieser Zulassungsschub dürfte wohl auf die Einführung neuer Modelle und die damit verbundene Räumung der Lager älterer Modelle zurückzuführen sein. Hinzu kommt die Erhöhung der Mehrwertsteuer am 1. April, die viele Kunden zum vorzeitigen Kauf von Fahrzeugen veranlaßt haben dürfte. Auch im Nutzfahr-

zeugbau wurden hohe Zulassungssteigerungen gemeldet (14 %).

Die Automobilindustrie reagierte auf die weiter expandierende Nachfrage mit erheblichen Produktionssteigerungen in den ersten drei Monaten. Gegenüber dem vierten Quartal 1997 stieg der Ausstoß neuer Fahrzeuge um knapp 7 %, so daß das gesamte Produktionsvolumen um gut 16 % höher war als ein Jahr zuvor.

Die Hersteller von elektrischen Haushaltsgeräten profitierten im vergangenen Jahr von der — im Gefolge der bis in den Herbst anhaltenden DM-Abwertung — gestiegenen Auslandsnachfrage. Kühl- und Gefrierschränke, Geschirrspülmaschinen, Waschmaschinen sowie Warmwasserbereiter, Elektroherde, Mikrowellengeräte usw. wurden verstärkt ausgeführt. Allerdings ist diese Entwicklung nun unterbrochen worden. Im Berichtsquartal ging die Auslandsnachfrage zurück, so daß bei einer Exportquote von 30 % auch die Produktion wieder zurückgenommen werden mußte. Nach einem kurzen Zwischenhoch scheint sich hier wieder der seit 1991 zu beobachtende Schrumpfungsprozeß in der Branche der elektrischen Haushaltsgeräte fortzusetzen.

<sup>3</sup> Die Produktion der deutschen Automobilindustrie wird zu jeweils rund 50 % als Investitions- bzw. Gebrauchsgüterproduktion verbucht.

Tabelle 2

### Die Branchen des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes in der Abgrenzung nach SYPRO

Um einen Vergleich mit der Entwicklung in den Branchen des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes in der Abgrenzung der Systematik des produzierenden Gewerbes (SYPRO) vor der Umstellung auf die Wirtschaftszweigklassifikation nach NACE zu ermöglichen, hat das DIW unter Verwendung der amtlichen Umsteigeschlüssel WZ93-SYPRO und der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Produktionsindizes für die Klassen der WZ93 Produktionsindizes für die SYPRO-Branchen berechnet.

#### Entwicklung der Produktion im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe Branchen in der Abgrenzung nach der SYPRO

Branche <sup>1)</sup>	Anteile in % <sup>2)</sup>		Index <sup>3)</sup> 1997	Veränderungen in % gegenüber Vorjahr		
	1997			1997	1997 IV	1998 I
Bergbau u. verarbeitendes Gewerbe	100,0		99,7	4,2	5,0	5,9
Bergbau	2,0		68,3	-3,9	-5,1	-7,3
Verarbeitendes Gewerbe	98,0		100,6	4,3	5,2	6,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	22,1	100,0	109,1	5,8	5,9	6,7
Mineralölverarbeitung	0,4	2,0	101,5	-5,1	-7,1	4,0
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	3,1	14,0	107,3	-1,1	-1,7	5,0
Eisenschaffende Industrie	2,2	9,8	101,6	13,3	12,0	14,0
NE-Metallerzeugung, -halbzeugwerke	1,2	5,2	102,1	8,6	12,7	10,7
Eisen-, Stahl-, Tempergießerei	0,7	2,9	82,7	0,7	6,8	7,7
NE-Metallgießerei	0,3	1,3	83,0	5,8	8,7	11,7
Ziehereien, Kaltwalzwerke	0,6	2,7	92,6	7,6	10,8	8,1
Chemische Industrie	10,7	48,4	115,3	6,1	6,3	4,4
Holzbearbeitung	0,6	2,9	103,4	3,2	3,3	4,6
Zellstoff- und Papiererzeugung	1,2	5,4	129,7	11,3	5,8	9,1
Gummiverarbeitung	1,2	5,5	108,0	8,5	12,1	11,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	52,5	100,0	100,7	5,4	7,0	7,7
Stahlverformung	2,1	4,1	120,3	11,7	16,7	15,2
Stahl- und Leichtmetallbau	2,8	5,4	107,4	2,2	3,7	4,5
Maschinenbau	12,0	22,9	90,1	3,7	6,5	9,1
Straßenfahrzeugbau	11,7	22,2	103,4	6,7	6,0	10,9
Schiffbau	0,4	0,7	69,7	-10,9	-9,1	-0,8
Luft- und Raumfahrzeugbau	1,0	1,8	75,9	0,6	4,5	3,3
Elektrotechnik	14,2	27,0	109,1	5,2	5,6	2,2
Feinmechanik, Optik, Uhren	2,0	3,9	94,3	0,7	4,6	6,9
Herst. v. EBM-Waren	4,0	7,6	100,6	5,2	8,6	11,0
Herst. v. Büromasch., ADV-Geräten	2,4	4,5	105,3	18,6	25,3	14,1
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	14,2	100,0	86,0	0,8	0,8	1,6
Herst. v. Musikinstrumenten, Spielwaren	0,8	5,3	86,7	-0,4	-0,4	-2,7
Feinkeramik	0,3	2,4	80,2	3,1	4,9	2,6
Herst. u. Verarb. von Glas	0,9	6,7	111,2	5,8	5,3	8,5
Holzverarbeitung	3,1	22,1	93,9	-1,6	-1,2	0,5
Papier- u. Pappverarbeitung	1,1	8,0	81,2	-4,5	-6,0	-5,5
Druckerei, Vervielfältigung	2,4	17,1	89,7	-2,0	-2,2	0,3
Herst. v. Kunststoffwaren	3,2	22,7	98,4	8,8	9,4	9,5
Ledergewerbe	0,2	1,6	57,3	-1,7	-1,7	-3,0
Textilgewerbe	1,3	9,5	69,0	0,2	-0,2	-0,7
Bekleidungs-gewerbe	0,7	4,7	51,7	-7,8	-9,2	-7,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	9,3	100,0	108,0	0,8	0,7	4,8
Ernährungsgewerbe	8,9	95,8	109,6	1,0	0,7	4,8
Tabakverarbeitung	0,4	4,2	80,5	-2,5	0,0	4,6

1) Die Bildung der SYPRO-Branchen auf der Basis der WZ93-Statistik wurde in enger Anlehnung an die Umsteigeschlüssel des Statistischen Bundesamtes vorgenommen. — 2) Anteile der einzelnen Branchen an der Produktion 1995 des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes insgesamt bzw. der Hauptgruppen. Die Produktion ist die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Jahres 1991, fortgeschrieben mit dem Produktionsindex. Verbrauchssteuern sind definitionsgemäß nicht mehr enthalten, weswegen insbesondere die Tabakverarbeitung und die Mineralölverarbeitung ein deutlich geringeres Gewicht als früher haben. — 3) Produktionsindex 1991 = 100, kalendermonatlich.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Die Produktion der übrigen Gebrauchsgüterhersteller wie der Rundfunk- und Fernsehgerätehersteller, der Hersteller von Möbeln, optischen und fotografischen Geräten und Uhren ist weiterhin rückläufig.

### **Verbrauchsgüterhersteller weiterhin auf der Schattenseite der Konjunktur**

Auf der Schattenseite der Konjunktur befinden sich die klassischen Verbrauchsgüterhersteller. Diese spüren die verhaltene Einkommensentwicklung bei den privaten Haushalten besonders deutlich. Zusätzlich drängen Produkte aus Niedriglohnländern auf den deutschen Markt.

Dies gilt vor allem für die Konsumgüterhersteller, insbesondere für das Textil- und Bekleidungs-gewerbe und die Hersteller von chemischen Verbrauchsgütern wie pharmazeutischen Spezialitäten, Duft- und Körperpflegemitteln sowie Seifen-, Wasch-, Reinigungs- und Poliermitteln. Diese profitierten zwar auch von der günstigen Entwicklung des Außenwerts der D-Mark, doch kann bei dem geringen Ausfuhranteil die stetig zurückgehende Nachfrage der inländischen privaten Haushalte durch vermehrte Exporte nicht ausgeglichen werden.

Die Nahrungsmittelindustrie hebt sich von der Entwicklung in dem Bereich der Verbrauchsgüterhersteller ab. Sie hat über vermehrte Ausfuhren die schwache Inlandsnachfrage kompensieren können. Dabei ist die Produktion von Nahrungsmitteln im ersten Quartal um 5 % gestiegen. In den letzten Jahren konnte sie ihre Exporte ständig ausweiten. 1997 wurden Nahrungsmittel im Werte von 35,8 Mrd. DM exportiert, das waren 5 Mrd. DM mehr als 1996. Der Exportanteil am Umsatz stieg auf 16 %. Sieben Zehntel der Ausfuhren gingen in Länder der Europäischen Union. Wichtigste Abnehmer waren die Niederlande und Italien. Rußland wird für die deutschen Nahrungsmittel-exporteure immer wichtiger; die Ausfuhr dorthin stieg

1997 mit zweistelligen Raten. Allein Unilever hat 1997 für 150 Mill. DM Margarine nach Rußland geliefert.

### **Ausblick**

Motor des Aufschwungs im verarbeitenden Gewerbe war 1997 der Export, während die Binnennachfrage nur verhalten zunahm. Die DM-Abwertung in Verbindung mit der weiter aufwärtsgerichteten Konjunktur in Europa und dem starken Wirtschaftswachstum in Nordamerika führte in vielen Sektoren des verarbeitenden Gewerbes zu zweistelligen Zuwachsraten bei der Ausfuhr.

Die Entwicklung im Inland, die bisher eine starke Bremse des Aufschwungs war, gerät inzwischen mehr und mehr unter den Einfluß einer sich stärkenden inländischen Investitionstätigkeit, die sich bei weiterhin günstigen monetären Bedingungen beschleunigen wird. Der konjunkturelle Aufschwung wird in den nächsten Monaten verstärkt von der steigenden inländischen Nachfrage nach Ausrüstungsgütern gestützt. Für eine Reihe wichtiger industrieller Sektoren nachteilig ist allerdings die noch schwache Baukonjunktur. Hier bahnt sich aber allmählich eine Wende zum Besseren an.

Bereits in diesem Jahr ist mit einer Belebung der Nachfrage der privaten Haushalte zu rechnen, so daß sich damit auch die Absatzaussichten der Industrie im Inland aufzuheben beginnen.

Die Ausfuhr wird zwar nicht mehr von der gleichen Dynamik wie 1997 geprägt sein. Der Entwicklungspfad wird aber auch in den kommenden Monaten über dem bei der inländischen Nachfrage liegen und zur Sicherung einer expansiven Produktionsentwicklung in der Industrie überdurchschnittlich beitragen. Dämpfende Effekte, die von der Asienkrise ausgehen, könnten durch deutlich zunehmende Lieferungen in die Industrieländer und in die mittel- und osteuropäischen Reformländer kompensiert werden.

# Wohnungsmieten in Deutschland im Jahr 1997

## Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)<sup>1</sup>

*Die Mieten in Ost- und Westdeutschland haben sich 1997 weiter angenähert.<sup>2</sup> Die Umlagefähigkeit der Modernisierungskosten und die kräftige Zunahme der Betriebskosten haben dazu beigetragen, daß die Brutto-Kaltnieten<sup>3</sup> pro Quadratmeter Wohnfläche in Ostdeutschland mit reichlich 7 % wesentlich schneller gestiegen sind als die in Westdeutschland (2 %). Der Abstand zwischen den Brutto-Kaltnieten war mit 1,50 DM/qm zugunsten Ostdeutschlands weiterhin beträchtlich. Allerdings ist der Unterschied auf den nach wie vor schlechteren Zustand vieler ostdeutscher Wohnungen zurückzuführen. Obwohl neben massiven Anstrengungen im Wohnungsneubau auch in erheblichem Umfang in die Modernisierung der zum großen Teil maroden Bausubstanz investiert wurde, bleibt weiterhin ein gewaltiger Sanierungsbedarf in Ostdeutschland bestehen. Immerhin bezeichnete 1997 noch knapp ein Fünftel der Hauptmieter in Ostdeutschland das von ihnen bewohnte Gebäude als „ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif“, in Westdeutschland waren dies nur 5 %. In fast 60 % aller Mietwohnungen in Ostdeutschland wurde im Zeitraum von 1993 bis 1997 mindestens eine größere Modernisierungsmaßnahme durchgeführt — bei selbstnutzenden Eigentümern waren es sogar über 80 %.*

*Die Kosten für das Gut Wohnung spielen im Budget der Haushalte eine wichtige Rolle, und die Qualität dieses Gutes bestimmt in hohem Maße die Zufriedenheit der Bewohner. Wenn der Wohnungsmarkt zunehmend dereguliert wird, wie zuletzt durch Abschaffung der Mietpreisbindung in Ostdeutschland per 1.1.1998, ist es insbesondere aus sozialpolitischer Sicht erforderlich, frühzeitig auf eventuelle Fehlentwicklungen hinzuweisen.*

### Wohnverhältnisse und Wohnzufriedenheit

Die Beurteilung des Zustandes der Wohngebäude in Ostdeutschland durch die Hauptmieter hat sich im Zuge der Modernisierungsmaßnahmen der letzten Jahre deutlich verbessert.<sup>4</sup> Der Anteil der Wohnungen in Gebäuden, bei denen schwere Schäden festgestellt wurden (ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif), war im Zeitraum von 1993 (22 %) bis 1997 (18 %) deutlich rückläufig (Tabelle 1). 1993 stuften noch 57 % der Mieter ihre Gebäude als „teilweise renovierungsbedürftig“ ein; dieser Wert sank bis 1997 sogar um 13 Prozentpunkte auf 44 %.

Diese Entwicklung erklärt sich nicht nur mit den bisherigen Investitionen in die Modernisierung der Altbausubstanz, sondern auch damit, daß ein Teil der Altbausubstanz tatsächlich abbruchreif war und abgerissen wurde oder unbewohnt ist. Viele dieser Mieter sind inzwischen in Neubauten eingezogen. Die Fertigstellungszahlen sind kräftig erhöht worden und haben 1997 mit 180 000 Wohneinheiten einen Höchststand erreicht. Diese neuen Wohnungen tragen mit dazu bei, daß sich der Anteil der ostdeutschen Mieter, die ihr Wohngebäude mit „gut“ bewerten, im Zeitraum von 1993 bis 1997 um 17 Prozentpunkte auf 38 % aller Hauptmieterhaushalte erhöht hat. In Westdeutschland hat sich dieser Anteil im betrachteten Zeitraum nur wenig verändert, er war 1997 mit 57 % weiterhin deutlich höher als in Ostdeutschland.

In Ostdeutschland besteht nach wie vor ein erheblicher Sanierungsbedarf, insbesondere bei den Wohnungen in Gebäuden, die vor 1948 errichtet wurden. Die amtliche Gebäude- und Wohnungszählung vom 30.9.1995 ergab,

daß 1994 noch rund 70 % dieser Gebäude mit geringen bis schweren Schäden behaftet waren; in Westdeutschland waren es nur 29 %.<sup>5</sup>

Der Anteil der Eigentümer in Ostdeutschland, die ihr Wohngebäude als „ganz renovierungsbedürftig“ bewerten, ist zwar seit 1993 um zwei Prozentpunkte auf 4 % zurückgegangen; der Anteil war damit jedoch weiterhin

<sup>1</sup> Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Längsschnittuntersuchung privater Haushalte in Deutschland. Regelmäßig im Frühjahr eines Jahres werden rund 6 500 Haushalte zu unterschiedlichen Themen befragt; ausgewertet werden hier die Ergebnisse der achten Befragungswelle in Ostdeutschland und der vierzehnten in Westdeutschland, die 1997 durchgeführt wurden.

<sup>2</sup> Über die Wohnsituation im Jahr 1996 wurde an dieser Stelle berichtet in: Wohnungsmieten in Deutschland im Jahr 1996. Bearb.: Joachim Frick und Herbert Lahmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 21/97.

<sup>3</sup> Kaltnieten einschließlich der Nebenkosten für Wasser, Abwasser, Müllbeseitigung etc.

<sup>4</sup> Von 1993 bis 1997 wurden für die Modernisierung und Instandsetzung an bestehenden Gebäuden in Ostdeutschland rund 153 Mrd. DM aufgewendet; das Neubausvolumen war in diesem Zeitraum mit rund 150 Mrd. DM nur wenig geringer. Statistisches Bundesamt, Bautätigkeitsstatistik und Berechnungen des DIW.

<sup>5</sup> Vgl.: Bauzustand, Bauweise und Leerstand von Gebäuden und Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Bearb.: Bernd Stürmer. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1997, S. 381. Ein besonderes Problem beim Vergleich dieser Ergebnisse mit denen des SOEP ist der Leerstand von vielen Gebäuden; mit einer Haushaltsstichprobe wie dem SOEP kann dieser jedoch nicht erfaßt werden.

Tabelle 1

## Zustand der Wohngebäude in Ostdeutschland

Jahr	Beurteilung des Gebäudezustandes durch den Haushaltsvorstand								
	Gut			Teilweise renovierungsbedürftig			Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif		
	Insgesamt	Hauptmieter	Eigentümer	Insgesamt	Hauptmieter	Eigentümer	Insgesamt	Hauptmieter	Eigentümer
	Anteile an allen Haushalten in %								
1993	29	21	49	53	57	45	18	22	6
1994	31	23	53	51	56	41	18	21	6
1995	34	25	57	48	52	38	18	23	5
1996	39	32	56	44	46	39	17	22	5
1997	43	38	56	43	44	40	14	18	4
Nachrichtlich: Westdeutschland									
1995	65	57	76	32	39	23	3	4	1
1996	63	54	75	34	41	24	3	5	1
1997	66	57	77	31	38	22	3	5	1

Quelle: SOEP 1990 bis 1997.

höher als in Westdeutschland (1 %). Die Investitionen der Eigentümer zur Verbesserung ihrer 1993 noch zu rund 45 % als „teilweise renovierungsbedürftig“ bewerteten Gebäude haben im Zeitraum von vier Jahren dazu geführt, daß dieser Anteil auf 40 % zurückgegangen ist. Nach wie vor besteht bei den Eigentümern zwischen West- und Ostdeutschland eine erhebliche Diskrepanz — 21 Prozentpunkte — bei der Einstufung der Wohngebäude als weitgehend schadensfrei (guter Gebäudezustand).

Die Wohnzufriedenheit hängt von mehreren Faktoren ab; eine wichtige Rolle spielt die Qualität des Gebäudes und das Eigentumsverhältnis. Mieter geben auf einer Zufriedenheitsskala, die von 0 bis 10 reicht, allgemein einen geringeren Wert an als Eigentümer. Das gilt auch, wenn die Wohnungen der Mieter und der Eigentümer gleichwertig sind (Tabelle 2). Dies spricht dafür, daß beim Gut Wohnung die weitgehend freie Verfügbarkeit wie sie nur beim Eigentum gegeben ist, ein wichtiger Wert an sich

Tabelle 2

Wohnzufriedenheit<sup>1)</sup> in West- und Ostdeutschland nach Eigentumsstatus und Gebäudezustand 1997

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Selbstnutzende Eigentümer	Hauptmieter	Selbstnutzende Eigentümer	Hauptmieter
Einschätzung des Gebäudezustandes				
Gut	8,6	7,7	8,4	7,5
Teilweise renovierungsbedürftig	7,5	6,4	7,2	6,3
Ganz renovierungsbedürftig	5,8	4,7	5,7	5,1
Insgesamt	8,3	7,0	7,8	6,6

<sup>1)</sup> Mittelwert auf einer Skala von 0 (= ganz und gar unzufrieden) bis 10 (= ganz und gar zufrieden).

Quelle: SOEP 1997.

Tabelle 3

## Wohnungsmieten der Hauptmieter-Haushalte in West- und Ostdeutschland 1996 und 1997

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Nachrichtlich: Relation Ost zu West in %	
	Brutto-Kaltmiete in DM/qm		Index <sup>2)</sup>	Brutto-Kaltmiete in DM/qm		Index <sup>2)</sup>	1996	1997
	1996	1997		1996	1997			
Insgesamt	10,57	10,77	100	8,63	9,26	100	82	86
Gebäudezustand <sup>1)</sup>								
Gut	11,10	11,11	103	9,89	10,72	116	89	96
Teilweise renovierungsbedürftig	10,01	10,39	96	8,27	8,56	92	83	82
Ganz renovierungsbedürftig	9,42	9,70	90	7,32	7,79	84	78	80
Baujahr								
Vor 1949	9,33	9,55	89	7,98	8,61	93	86	90
1949 bis 1971	10,24	10,52	98	8,75	9,32	101	85	89
1972 bis 1980	11,46	11,38	106	8,88	9,26	100	77	81
1981 bis 1990	12,37	12,33	114	8,44	9,02	97	68	73
1991 und später	13,50	13,69	127	12,34	13,08	141	91	96
Wohndauer								
Bis unter 5 Jahre	12,00	11,86	110	9,20	9,74	105	77	82
5 bis unter 12 Jahre	9,88	10,28	95	8,39	8,78	95	85	85
12 und mehr Jahre	9,34	9,68	90	8,37	9,06	98	90	94
Gemeindegröße								
Bis unter 20 000 Einwohner	9,75	9,76	91	8,60	9,12	98	88	93
20 000 bis unter 100 000 Einwohner	9,70	10,20	95	8,39	9,18	99	86	90
100 000 bis unter 500 000 Einwohner	10,59	10,61	99	8,92	9,64	104	84	91
500 000 Einwohner und mehr	11,81	12,12	113	8,55	8,94	97	72	74
Gebäudetyp								
Ein-/Zweifamilienhaus freistehend	8,72	9,12	85	8,50	8,81	95	97	97
Ein-/Zweifamilien-Reihenhaus	10,06	10,23	95	7,65	8,72	94	76	85
Wohnhaus mit 3 bis 4 Wohnungen	10,10	10,32	96	8,82	9,07	98	87	88
Wohnhaus mit 5 bis 8 Wohnungen	10,52	11,18	104	8,33	9,01	97	79	81
Wohnhaus mit 9 u.m. Wohnungen	12,21	11,90	110	8,88	9,63	104	73	81
Hochhaus	12,23	12,73	118	9,17	9,69	105	75	76
Vollständige Sanitärausstattung (Bad und WC innerhalb der Wohnung)								
Ja	10,60	10,83	101	8,67	9,32	101	82	86
Nein	9,49	8,16	76	8,51	8,91	96	90	109
Ausstattung mit modernem Heizsystem								
Ja	10,84	11,00	102	9,10	9,71	105	84	88
Nein	8,38	8,89	83	7,79	8,22	89	93	92
Eigentümer der Wohnung								
Kommunale Wohnung	10,07	10,34	96	8,40	8,99	97	83	87
Genossenschaftliche Wohnung	10,04	10,10	94	8,64	9,37	101	86	93
Betriebs-, Werkswohnung	8,93	8,99	83	7,10	7,15	77	80	80
Privater Eigentümer	10,80	11,01	102	9,27	9,71	105	86	88
Nachrichtlich:								
Brutto-Kaltmiete in DM pro Wohnung	742	783	—	500	546	—	67	70
Wohnfläche in qm	72,9	74,3	—	61,5	61,4	—	84	83

<sup>1)</sup> Beurteilung durch den Haushaltsvorstand. — <sup>2)</sup> Durchschnittliche Brutto-Kaltmiete pro qm = 100.

Quelle: SOEP 1996 und 1997.

ist.<sup>6</sup> Insgesamt ist festzustellen, daß die Wohnzufriedenheit von selbstnutzenden Eigentümern wie von Mietern in den einzelnen Kategorien des Gebäudezustandes in Ostdeutschland nur wenig geringer war als in Westdeutschland.

### Weitere Angleichung der Mieten zwischen West- und Ostdeutschland

Bei der unterschiedlichen Qualität des Wohnungsbestandes in West- und Ostdeutschland ist verständlich, daß das Mietenniveau (gemessen an der Brutto-Kaltmiete pro Quadratmeter) auch sieben Jahre nach der Vereinigung noch unterschiedlich ist. Allerdings vermittelt diese Durchschnittsbetrachtung ein unzureichendes Bild der teilweise bereits weit fortgeschrittenen Angleichung der Wohnungsmieten. Bei guter Gebäudesubstanz ebenso wie bei Neubauten (Baujahr 1991 und später) und allgemein bei Wohnungen, die durchgreifend modernisiert wurden, haben sich die Mieten weitestgehend angeglichen (Tabelle 3). Während ostdeutsche Hauptmieter im Jahr 1997 durch-

schnittlich 86 % der Brutto-Kaltmiete/qm westdeutscher Hauptmieter zahlten, erreichten Wohnungen mit den oben genannten Charakteristika 96 % der westdeutschen Referenzwerte.

Deutliche Mietunterschiede bestehen immer noch in Ballungsgebieten; hier sind die Mieten in Ostdeutschland nicht zuletzt deshalb niedriger, weil die Qualität der Wohnungen wesentlich schlechter ist als in Westdeutschland. Neben den Altbaubeständen (z.B. in Ostberlin und Leipzig) haben in ostdeutschen Großstädten Wohngebäude mit fünf und mehr Wohnungen, die aus Betonfertigteilen errichtet wurden (Plattenbauten) ein vergleichsweise großes Gewicht. In diesen Gebäuden sind die Mieten wegen hoher Renovierungsbedürftigkeit und eines oft unattraktiven Wohnumfeldes allgemein niedriger.

<sup>6</sup> Der „intrinsic Nutzen des Eigentums“ erhöht die Wohnzufriedenheit; zudem wird diese durch die höhere Wohnsicherheit und bessere Berechenbarkeit der Wohnkosten gefördert. Vgl. Hartmut Esser (1994): Forschungsprojekt Migrationspotentiale — Zwischenbericht, Universität Mannheim.

Tabelle 4

#### Bestandsmieten und Neuvertragsmieten von Hauptmieter-Haushalten in West- und Ostdeutschland 1994 bis 1997

	1994	1995	1996	1997	1995	1996	1997
	Brutto-Kaltmiete						
	in DM pro qm				Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		
Westdeutschland							
Bestandsmieten bei einer Wohndauer von...							
über drei Jahren	8,97	9,29	9,72	10,05	3,6	4,6	3,4
über zwei Jahren	9,10	9,44	9,83	10,22	3,7	4,1	4,0
über einem Jahr	9,31	9,64	10,03	10,45	3,5	4,0	4,2
Neuvertragsmieten bei einer Wohndauer von...							
unter drei Jahren	10,96	11,75	12,14	11,96	7,2	3,3	-1,5
unter zwei Jahren	11,15	12,06	12,38	12,03	8,2	2,7	-2,8
unter einem Jahr	11,06	12,46	12,81	12,14	12,7	2,8	-5,2
Insgesamt	9,58	10,14	10,57	10,77	5,8	4,2	1,9
Ostdeutschland							
Bestandsmieten bei einer Wohndauer von ...							
über drei Jahren	6,86	7,32	8,38	8,94	6,7	14,5	6,7
über zwei Jahren	6,82	7,33	8,38	9,05	7,5	14,3	8,0
über einem Jahr	6,84	7,36	8,48	9,14	7,6	15,2	7,8
Neuvertragsmieten bei einer Wohndauer von...							
unter drei Jahren	8,96	8,51	9,35	9,85	-5,0	9,9	5,3
unter zwei Jahren	7,60	8,83	9,63	9,75	16,2	9,1	1,2
unter einem Jahr	7,98	9,67	9,63	9,81	21,2	-0,4	1,9
Insgesamt	6,92	7,57	8,63	9,26	9,4	14,0	7,3

Quelle: SOEP 1994 bis 1997.

Das Tempo der Mieterhöhungen hat sich 1997 gegenüber dem Vorjahr in West- und Ostdeutschland erheblich verlangsamt. In Westdeutschland sind die Mieten (Bruttokaltmiete/qm) nur noch um knapp 2 % und damit im Ausmaß der allgemeinen Preisentwicklung gestiegen. In Ostdeutschland war die durchschnittliche Erhöhung mit reichlich 7 % zwar weiterhin beträchtlich, dazu beigetragen haben aber besonders die Betriebskosten (Mietnebenkosten ohne Kosten für Heizung und Warmwasser). Die öffentlichen Gebühren für Abwasser und Müllabfuhr sind teilweise drastisch angehoben worden.<sup>7</sup>

Bei der Analyse der Mietenentwicklung war in den vorangegangenen Jahren immer ein deutlicher Unterschied zwischen mobilen und immobilien Haushalten festzustellen. Die mobilen Haushalte hatten in der neuen Wohnung in der Regel mit einer kräftigen Mietensteigerung gegenüber der alten Wohnung zu rechnen, weil das Angebot auf dem Wohnungsmarkt knapp war. Dies hat sich offenbar geändert. Wie ein Vergleich der Entwicklung von Bestandsmieten und Neuvertragsmieten<sup>8</sup> in Westdeutschland in den Jahren 1994 bis 1997 zeigt, hat sich nunmehr die Situation für Neumieter erheblich verbessert: Bei den Bestandsmieten war durchweg eine deutliche Mieterhöhung zu verzeichnen, dagegen sind die Neuvertragsmieten 1997 gegenüber dem Vorjahr erstmals deutlich gesunken, am stärksten bei Haushalten, die erst in jüngster Zeit (1996 bzw. 1997) einen Mietvertrag abgeschlossen haben (Tabelle 4).

Neu vermietete Wohnungen in Westdeutschland (mit einer Wohndauer von weniger als einem Jahr) kosteten pro Quadratmeter Wohnfläche im Jahr 1997 mit 12,14 DM

reichlich 5 % weniger als ein Jahr zuvor (12,81 DM/qm); die Miete war sogar noch geringer als im Jahr 1995 (12,46 DM/qm). In Ostdeutschland hat sich die Mietensteigerung für die in den Jahren 1996 und 1997 neubezogenen Wohnungen ebenfalls in Grenzen gehalten (unter 2 %). Dagegen nahmen die Bestandsmieten 1997 deutlich zu; der Anstieg fiel mit rund 8 % doppelt so hoch aus wie für die Mieter in Westdeutschland. Dabei spielt sicherlich eine Rolle, daß in der hier gewählten Abgrenzung auch neu vereinbarte Mieten in laufenden Verträgen als Bestandsmieten ausgewiesen wurden.

### Räumliche Mobilität

Der Anteil der mobilen Haushalte an allen Haushalten war 1996/97 in Ostdeutschland mit 12 % höher als in den alten Bundesländern. Bei etwa gleich hoher Mobilitätsrate der Mieter ist dieser Befund lediglich darauf zurückzuführen, daß der Anteil selbstnutzender Eigentümer, die sehr

<sup>7</sup> Das ifs Städtebauinstitut in Bonn hat für 1997 folgende Preisanehebungen gegenüber dem Vorjahr in Westdeutschland (Ostdeutschland) ermittelt: Müllabfuhrgebühren 6,6 % (9,6 %) und Abwasserbeseitigung 3,3 % (10,4 %). Vgl. Bundesbaublatt, Heft 3 (1998), S. 7. Weil in vielen älteren Mietverträgen keine Trennung zwischen Nettokaltmiete und den Nebenkosten vorgenommen wurde, ist eine separate Analyse der Entwicklung dieser Betriebskosten mit Hilfe des SOEP nicht möglich.

<sup>8</sup> Neuvertragsmieten sind hier lediglich die Mieten von Wohnungswechslern (mobile Haushalte); neu vereinbarte Mieten in laufenden Verträgen können im SOEP nicht gesondert ausgewiesen werden und sind daher in den Bestandsmieten enthalten.

Tabelle 5

### Gründe für den Wohnungswechsel mobiler Haushalte<sup>1)</sup> in West- und Ostdeutschland 1996/1997

Grund für den letzten Wohnungswechsel	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Anteil in % aller Nennungen	Anteil in % aller mobilen Haushalte	Anteil in % aller Nennungen	Anteil in % aller mobilen Haushalte
Kündigung durch Vermieter	5,7	10,6	4,2	7,8
Erwerb von Wohneigentum (inkl. Erbschaft)	8,8	16,2	8,1	14,9
Berufliche Gründe	7,5	13,9	3,5	6,5
Familiäre Gründe	16,5	30,5	13,0	23,9
Gründe mit Bezug auf die bisherige Wohnung				
Zu klein	17,5	32,6	23,5	43,6
Zu groß	1,9	3,4	5,2	9,7
Wohnkosten zu hoch	11,7	21,7	8,7	16,0
Schlechte Ausstattung	12,5	23,1	17,9	33,0
Schlechte Wohnlage	5,6	10,3	6,7	12,4
Schlechtes Wohnumfeld	12,3	22,8	9,2	16,9
Insgesamt	100,0	—	100,0	—

<sup>1)</sup> Mehrfachnennungen möglich (maximal drei Gründe).

Quelle: SOEP 1996 bis 1997.

selten umziehen, in Westdeutschland vergleichsweise hoch ist (43 % im Vergleich zu 28 % im Osten).<sup>9</sup> Dominierendes Motiv für die Wahl einer neuen Wohnung ist die Unzufriedenheit mit der alten Wohnung, wobei unzureichende Wohnfläche, schlechte Ausstattung und ein schlechtes Umfeld in Ost- wie Westdeutschland am häufigsten als Umzugsgrund genannt werden (Tabelle 5). Überraschend ist, daß in Ostdeutschland nur 16 % der mobilen Haushalte „zu hohe Wohnkosten“ als Umzugsgrund nannten, dagegen waren dies in Westdeutschland rund 22 %. Jeder sechste mobile Haushalt gab als Umzugsgrund Eigentumserwerb (inkl. Erbschaft) an.<sup>10</sup>

Wegen der relativ hohen Kosten, die in der Regel mit einem Wohnungswechsel verbunden sind, ist verständlich, daß mehrere Gründe zusammen kommen müssen, um die Entscheidung zum Umzug herbeizuführen. Dabei

lassen sich einige familienbedingte Verhaltensmuster erkennen: Bei Familienzuwachs bzw. Verkleinerung der Familie und der häufig gleichzeitigen Änderung des Haushaltseinkommens wird oftmals der Umzug in eine größere bzw. kleinere Wohnung notwendig. Haushalte mit einem Wohnungswechsel im Zeitraum vom Frühjahr 1996 bis zum Frühjahr 1997 äußern nach dem Umzug im allgemeinen eine deutlich höhere Wohnzufriedenheit; das gilt besonders für die ostdeutschen Haushalte, bei denen die Wohn-

<sup>9</sup> Vgl.: Joachim Frick (1996): Lebenslagen im Wandel: Determinanten kleinräumlicher Mobilität in Westdeutschland. Frankfurt/Main; New York.

<sup>10</sup> Inwieweit hier die zum 23.12.1995 geänderten Rahmenbedingungen der Wohneigentumsförderung (Eigenheimzulagengesetz) eine Rolle spielten, kann mit den vorliegenden Daten nicht geklärt werden.

Abbildung 1

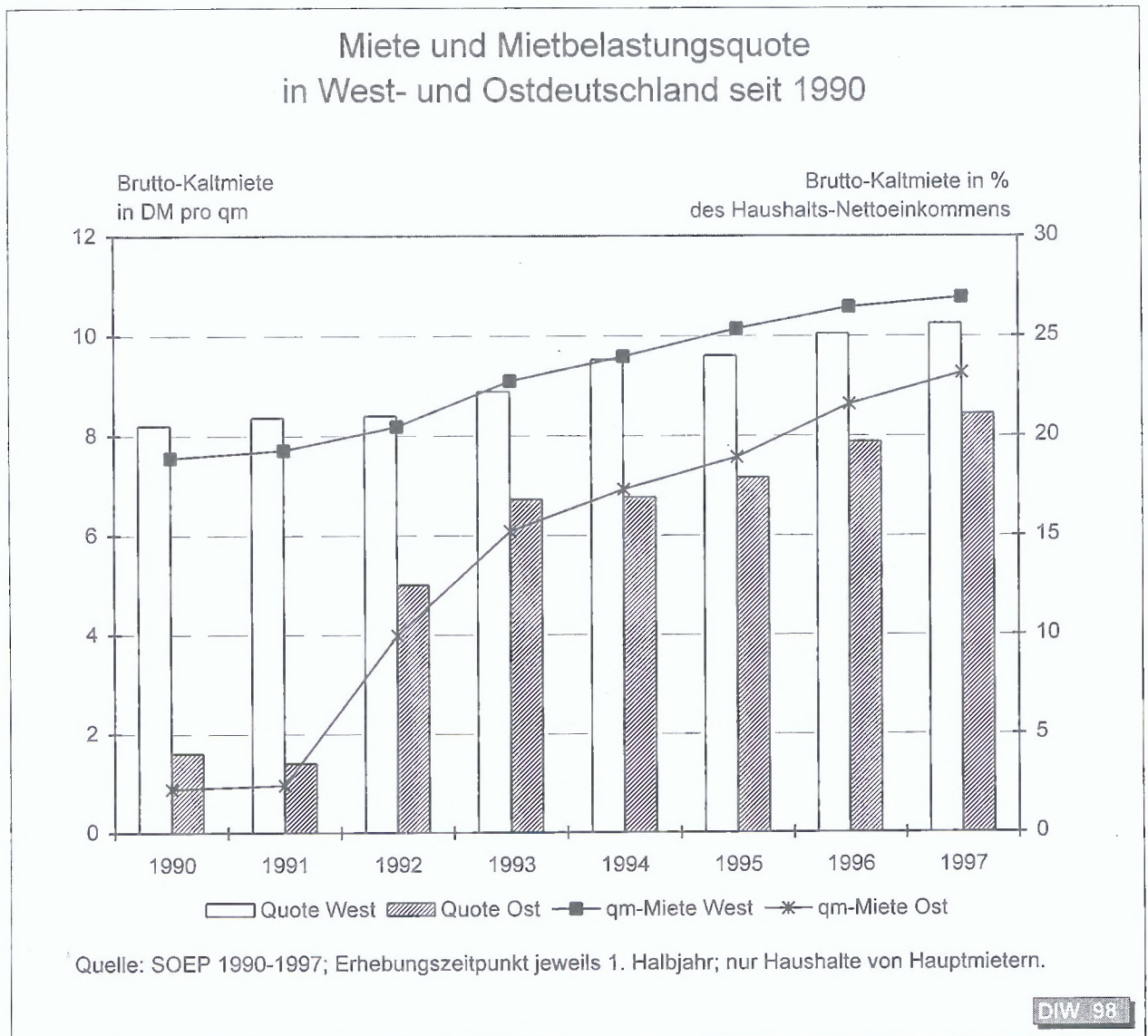


Tabelle 6

**Veränderung von Einkommen, Haushaltsgröße und Wohnsituation mobiler Mieter-Haushalte  
im Zeitraum von 1996 und 1997**

Grund für letzten Wohnungswechsel	Wohn- fläche pro Kopf	Haushalts- Netto- Einkommen	monatl. Brutto- Kaltmiete	Brutto- Kaltmiete pro qm	Miet- belastungs- quote	Wohn- zufrieden- heit	Haushalts- größe
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						Unterschied gegenüber dem Vorjahr <sup>1)</sup>
Westdeutschland							
Familiäre Gründe	-14,0	30,1	6,2	-9,7	-14,4	1,1	0,8
Gründe mit Bezug auf die bisherige Wohnung							
Zu klein	37,9	26,2	51,6	-12,4	6,4	2,1	0,4
Wohnkosten zu hoch	-15,0	-13,2	-22,1	-19,1	-11,2	0,2	0,4
Nachrichtlich: Immobilie Mieter-Haushalte	0,0	2,0	3,7	3,3	1,2	-0,2	0,0
Ostdeutschland							
Familiäre Gründe	0,0	23,2	26,9	9,3	7,4	0,7	0,4
Gründe mit Bezug auf die bisherige Wohnung							
Zu klein	4,0	17,1	73,5	13,2	23,8	1,8	0,5
Wohnkosten zu hoch	-3,0	-1,9	-22,3	-22,2	-23,5	3,2	-0,1
Nachrichtlich: Immobilie Mieter-Haushalte	0,0	2,2	5,7	6,0	3,6	-0,1	-0,1

<sup>1)</sup> Negative Vorzeichen bedeuten eine Verschlechterung der Wohnzufriedenheit bzw. Verkleinerung des Haushalts (absolute Differenzen).  
Quelle: SOEP 1996 bis 1997.

kosten in der alten Wohnung zu hoch waren (Tabelle 6). Die Wohnzufriedenheit der immobilien Haushalte verschlechterte sich dagegen etwas, wobei vermutlich die Erhöhungen der Bestandsmieten eine Rolle spielten.

In diesem Zusammenhang kann gezeigt werden, in welchem Umfang sich die Modernisierungsmaßnahmen auf die Miete in Ostdeutschland im Zeitraum von 1994 bis 1997 ausgewirkt haben. Dabei wurden nur die immobilien Haushalte berücksichtigt, weil diese über alle Modernisierungsmaßnahmen am Wohngebäude informiert sind. Bei Wohnungen in Gebäuden, in denen Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, ist die Miete im Zeitraum von 1994 bis 1997 um 56 % auf 9,58 DM/qm gestiegen. Wohnungen ohne Modernisierungsmaßnahmen verteuerten sich dagegen nur um 18,5 % auf durchschnittlich 8,08 DM/qm. Haushalte, die in diesem Zeitraum die Wohnung gewechselt haben, zahlten allerdings rund 10 DM/qm und damit deutlich mehr als immobile Haushalte, deren Wohnung modernisiert worden ist.

#### Mietbelastung und Wohngeldbezug

Die Mietbelastungsquote (gemessen als Brutto-Kaltmiete in Prozent des Haushalts-Nettoeinkommens) war in

Westdeutschland 1997 mit 25,6 % (Tabelle 7) geringfügig höher als im Vorjahr (25,1 %). In Ostdeutschland ist diese Quote wiederum deutlich stärker — von 19,7 % (1996) auf 21,1 % (1997) — gestiegen; gegenüber 1994 hat die Quote in Ostdeutschland damit um rund ein Viertel zugenommen. In Westdeutschland hat sich die Mietbelastungsquote in diesem Zeitraum um rund acht Prozent erhöht (Abbildung 1).

Westdeutsche Hauptmieter-Haushalte mit geringem Einkommen, dabei handelt es sich häufig um Haushalte mit Arbeitslosen, älteren Alleinlebenden sowie um Alleinerziehende, zahlten 1997 im Durchschnitt rund 30 % ihres Einkommens (einschließlich etwaiger Wohngeldzahlungen) für die Brutto-Kaltmiete; hinzu kamen die Kosten für Heizung und Warmwasser. Sozialhilfe beziehende Haushalte hatten in West- und Ostdeutschland 1997 mit 38 % bzw. 42 % die höchsten Mietbelastungsquoten; dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Haushalte häufig auch Wohngeld beziehen.

Der Anteil der Hauptmieter mit Bezug von Wohngeld im Befragungsmonat lag in Ostdeutschland 1997 bei knapp 9 %, in Westdeutschland waren es nur 6,5 % (Tabelle 7). Der Anteil der Wohngeldbezieher an allen Haushalten hat sich in den letzten Jahren in Deutschland verringert,

Tabelle 7

**Mietbelastung und Wohngeldbezug von Hauptmieter-Haushalten  
in West- und Ostdeutschland 1997**

Haushaltsmerkmal	Mietbelastungsquote in % des Haushalts-Nettoeinkommens		Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohngeld in % aller Haushalte	
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Insgesamt	25,6	21,1	6,5	8,7
Haushaltsgröße				
1 Person	28,9	25,7	6,2	12,6
2 Personen	23,6	19,7	4,6	3,7
3 Personen	24,4	18,1	7,1	6,9
4 Personen	22,4	16,8	7,8	10,7
5 und mehr Personen	22,6	19,3	18,9	26,9
Haushalte mit Kindern				
Paare mit Kindern bis 16 Jahren	23,5	17,5	9,0	9,5
Alleinerziehende	29,5	28,4	22,0	20,9
Alter des Haushaltsvorstandes				
Bis 40 Jahre	25,5	20,8	6,2	10,1
41 bis 65 Jahre	24,1	20,7	6,5	8,4
66 Jahre und älter	28,1	22,5	7,1	6,8
Einkommensquintil <sup>1)</sup>				
Unterstes Quintil	35,8	32,2	15,6	25,6
Zweites Quintil	25,9	22,0	5,3	5,0
Mittleres Quintil	23,5	18,1	4,0	4,0
Viertes Quintil	18,4	16,2	0,6	2,3
Oberstes Quintil	16,4	12,7	0,0	0,4
Haushalte mit Arbeitslosen	29,3	25,4	18,6	22,9
Haushalte im sozialen Wohnungsbau	25,7	19,5	15,9	15,2
Haushalte mit Bezug von Sozialhilfe	38,3	42,4	65,5	69,1
Haushalte mit Bezug von Wohngeld	35,3	36,6	100,0	100,0
Nachrichtlich: Haushalte mit Bezug von Wohngeld nach Abzug des Wohngeldes <sup>2)</sup>	45,5	42,8	—	—

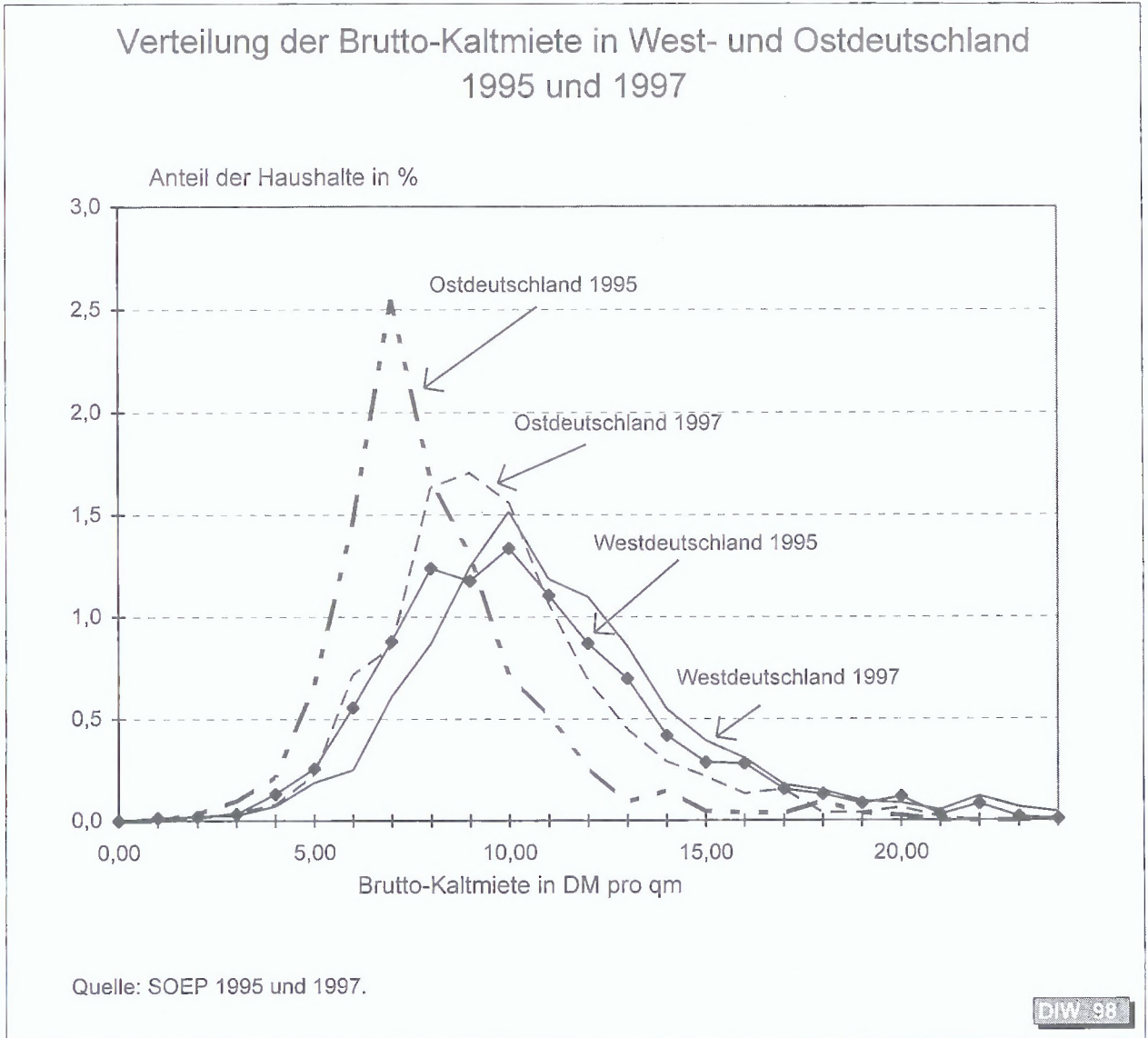
<sup>1)</sup> Jedes Quintil umfaßt 20 % aller nach dem Haushalts-Nettoeinkommen geordneten Haushalte. — <sup>2)</sup> Um die Entlastungswirkungen des Wohngeldes zu zeigen, wurde das Wohngeld nicht beim Haushaltseinkommen berücksichtigt.  
Quelle: SOEP 1997.

besonders deutlich in Ostdeutschland. In den untersten beiden Einkommensschichten (unterstes und zweites Quintil) bezogen 1997 nur noch 26 % bzw. 5 % der ostdeutschen Hauptmieter Wohngeld; 1996 waren es noch 29 % bzw. 13 %.<sup>11</sup> Auch in der mittleren Einkommensschicht ist der Anteil der Wohngeldbezieher in den neuen Ländern weiter deutlich gesunken, und zwar von 10 % (1996) auf 4 % (1997). Die entsprechende Entwicklung in Westdeutschland war weniger spektakulär, nicht zuletzt deshalb, weil Wohngeld hier hauptsächlich von den Haushalten im untersten Einkommensquintil bezogen wurde (1996:

18 %; 1997: 16 %). Diese Entwicklung dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die Einkommensgrenzen für die Berechtigung zum Wohngeldbezug seit 1990 nicht angehoben wurden und viele Haushalte — mit teilweise nur leicht gestiegenen Nominaleinkommen — keine Ansprüche auf Wohngeld mehr haben. Bemerkenswert ist, daß die Mieterhaushalte, die Wohngeld bezogen, in West-

<sup>11</sup> Vgl. Wohnungsmieten in Deutschland im Jahr 1996, a.a.O., S. 383.

Abbildung 2



und Ostdeutschland 1997 mit 35 % bzw. 37 % nur wenig unterschiedliche Mietbelastungsquoten hatten. Dabei dürfte in Ostdeutschland das „Sonderwohngeld“ eine Rolle gespielt haben, das auch die Kosten für Heizung und Warmwasser berücksichtigt. Allerdings ist die Entlastungswirkung nach Berücksichtigung des Wohngeldes als Einkommensbestandteil bei der Mietbelastungsquote in Westdeutschland 1997 stärker gewesen als in Ostdeutschland (10 gegenüber 6 Prozentpunkten).

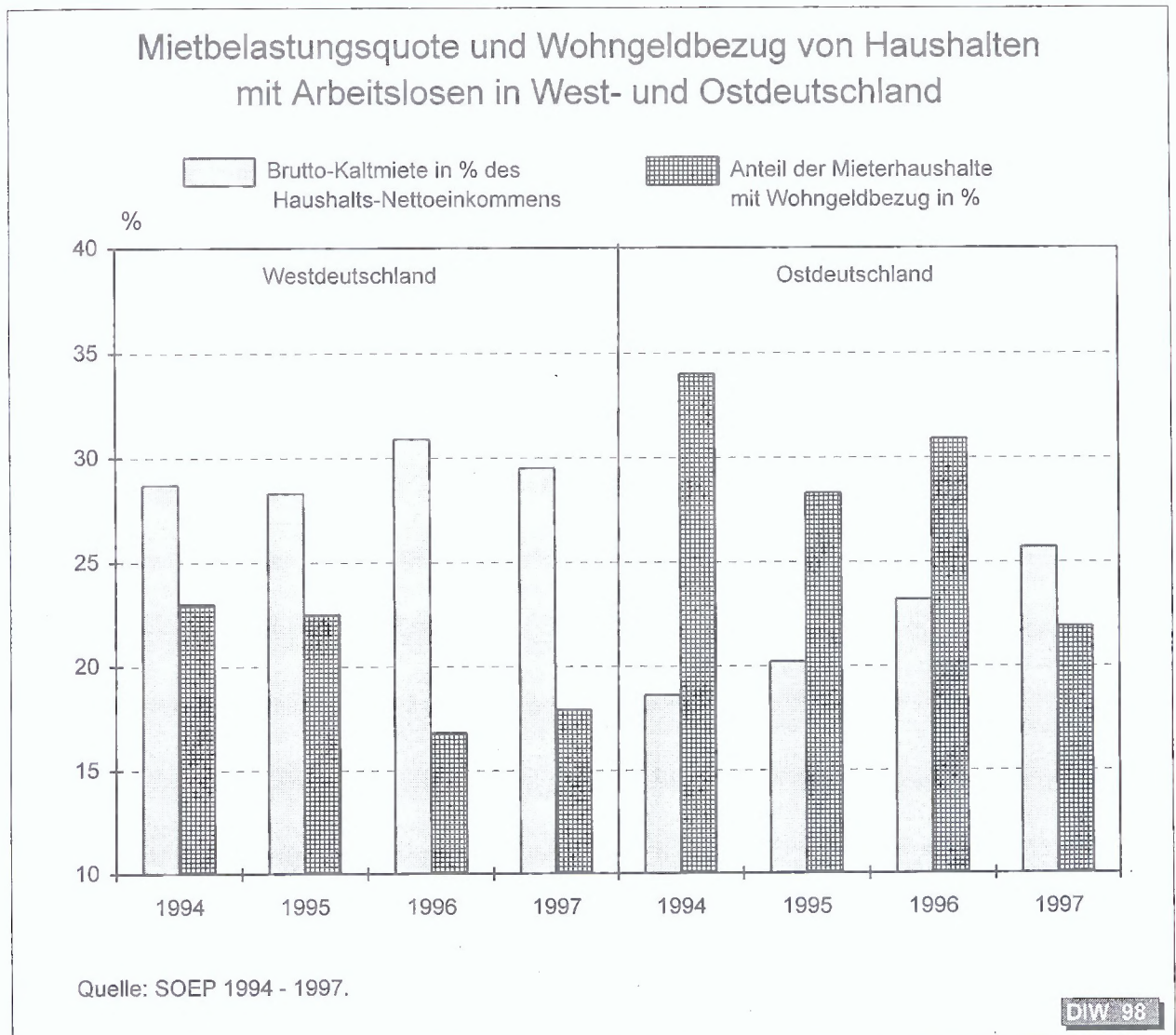
#### Ausblick

Seit Jahresbeginn 1998 gilt in Deutschland das Miethöhesgesetz (MHG). Damit ist die Mietpreisbindung in den neuen Bundesländern entfallen. Mieterhöhungen können

zunehmend auf der Basis von ortsüblichen Vergleichsmieten oder durch die Umlage von Modernisierungskosten vorgenommen werden. Über die jüngste Entwicklung wird erst die Auswertung der im Frühjahr 1998 stattfindenden Befragung der Teilnehmer am SOEP Auskunft geben können. Vieles spricht dafür, daß sich die Mieten zwischen Ost- und Westdeutschland auch 1998 weiter annähern werden, dabei spielt der relativ hohe Modernisierungsaufwand bei den Wohnungen in Ostdeutschland, der weitgehend auf die Mieter überwälzt werden kann, eine Rolle. In Westdeutschland dürfte sich angesichts der eher entspannten Wohnungsmarktsituation der Trend zur Verlangsamung des Mietanstiegs fortsetzen.

Die Verteilung der Brutto-Kaltmieten, die pro Quadratmeter von den einzelnen Mieterhaushalten gezahlt wer-

Abbildung 3



den, hat sich in Ostdeutschland in den Jahren 1993 bis 1997 immer deutlicher an das westdeutsche Muster angeglichen (Abbildung 2). Auch dieser Prozeß wird sich 1998 fortsetzen, denn die rasch größer gewordene Spreizung der Mieten erklärt sich hauptsächlich damit, daß zunehmend qualitative Faktoren den Preis der Wohnung bestimmen. Der Anteil billiger Wohnungen ist in den letzten Jahren in Ostdeutschland besonders stark zurückgegangen.

Zwar hatten 1997 noch 59 % (1994: 73 %) der Mieterhaushalte Belastungsquoten von weniger als 20 %, doch hat sich der Anteil der Haushalte mit Belastungsquoten von über 30 % in den vorangegangenen drei Jahren fast verdoppelt (auf 18 %). In Westdeutschland hat sich im Jahr 1997 der Anteil der Haushalte mit Belastungsquoten über 30 % auf 29 % erhöht. Diese Entwicklung ist sozialpoli-

tisch problematisch. Eine Auswertung der Daten von Mieterhaushalten mit Arbeitslosen in den Jahren 1994 bis 1997 hat gezeigt, daß der Anteil der Haushalte, die Wohngeld beziehen, in West- wie in Ostdeutschland gesunken ist. Gleichzeitig ist in Ostdeutschland die Mietbelastungsquote weiter deutlich gestiegen (Abbildung 3). Daher ist die geplante Beibehaltung der Wohngeldsonderregelung in Ostdeutschland zu begrüßen. Es sollten jedoch generell die Bestimmungen zum Bezug von Wohngeld an die veränderte Einkommens- und Mietsituation angepaßt werden.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Vgl. dazu auch: Wohngeld- und Mietenbericht 1997, Hrsg. Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode, Drucksache 13/10384 vom 31.3.98, S. 50.

# Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

*Nach Auflösung der UdSSR drängten aus den Nachfolgestaaten unerwartet hohe Exporte metallischer Rohstoffe auf die Weltmärkte. Die am Anfang dieses Jahrzehnts durch die schwache Nachfrage ohnehin bestehende Tendenz fallender Preise wurde dadurch noch verstärkt. Zur Klärung der Hintergründe dieser Exportoffensive und Einschätzung ihrer möglichen Dauer beauftragte das Bundesministerium für Wirtschaft das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Juli 1996 mit einer entsprechenden Untersuchung.<sup>1</sup> Ihre Erstellung erforderte eine breite Bestandsaufnahme der Rohstoffproduktion unter Mengen- und Kostengesichtspunkten, eine Analyse der Nachfrage sowie Einschätzungen der künftigen Wettbewerbsfähigkeit der dortigen Hüttenindustrie unter den erwarteten Weltmarktbedingungen. Als Ergebnis zeigte sich, daß bei fast allen untersuchten Rohstoffen weiterhin mit Exporten aus der GUS in der heutigen Größenordnung gerechnet werden kann.*

## Hintergrund der Exportentwicklungen

Basierend auf ihrem natürlichen Reichtum an mineralischen Rohstoffen hatte sich die UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der 80er Jahre zu einem der weltweit größten Rohstoffproduzenten entwickelt. Gleichzeitig wurde sie zum Hauptversorger der RGW-Länder für Erze, Rohmetalle und Halbzeuge. Sowohl hierfür als auch zur Verwirklichung ihrer eigenen ehrgeizigen Planvorgaben wurden in der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung riesige Kapazitäten errichtet, die die Unabhängigkeit des Landes sichern und vor allem der Versorgung der Rüstungsproduktion dienen sollten. Für die einzelnen Rohstoffe bzw. Vorstoffe bestanden 1991 in der UdSSR folgende Produktionskapazitäten (in Mill. t):

Aluminium	3,80
Blei	0,52
Kupfer	1,65
Zink	0,78
Ferrochrom	1,35
Ferro-, Silicomangan	> 2,13
Nickel	> 0,30

Die Produktion einiger Rohstoffe erreichte im Weltmaßstab sehr hohe Bedeutung, da der UdSSR hierfür Lagerstätten von Weltrang zur Verfügung standen. Zu nennen sind die Nickellagerstätten von Norilsk am unteren Jenissei (Nordsibirien), diejenigen von Mangan bei Nikopol (Ukraine) sowie die großen Chromlagerstätten bei Chromtau und die Kupferlagerstätte Dsheskasgan, beide in Kasachstan gelegen. Bei der Hüttenproduktion von Aluminium, Blei, Kupfer und Zink belegte die UdSSR im Weltvergleich jeweils den zweiten Rang hinter den USA, während das Land bei den Stahlveredlern Mangan und Nickel vor der Republik Südafrika bzw. Kanada der weltweit größte und bei Chrom hinter Südafrika der zweitgrößte Produzent war. Aufgrund ihres sehr hohen Inlandsbedarfs, verbunden mit den Verpflichtungen zur Rohstoffversorgung der RGW-

Länder, exportierte die UdSSR in den 80er Jahren und bis zu Beginn der 90er Jahre nur verhältnismäßig geringe Mengen ihrer Produktionen der hier betrachteten metallischen Rohstoffe auf westliche Märkte. Hintergrund der hohen inländischen Metallverbräuche waren eine aus Rüstungsgründen sehr stark ausgebaute Roh- und Edeltahlerzeugung mit dem damit verbundenen hohen Mangan-, Chrom- und Nickelverbrauch (Rohstahlerzeugung 1988: 163 Mill. t) sowie die hoch entwickelte Luft- und Raumfahrtindustrie (Aluminiumverbrauch).

Nach der politisch-ökonomischen Wende in den Ostblockstaaten begann ein wirtschaftlicher Niedergang, der von einem erheblichen Rückgang der industriellen Produktion begleitet war. Vor allem die sinkende Nachfrage der Rüstungs- und Schwerindustrie in der GUS, aber auch in den anderen ehemaligen RGW-Ländern, die bis dahin wesentliche Teile der UdSSR-Exporte absorbiert hatten, führten zu Beginn der 90er Jahre bei wenig verringerter Hüttenproduktion<sup>2</sup> zu einem hohen Überangebot an metallischen Rohstoffen. Da die beträchtliche Arbeitsmarktrelevanz der Hütten, die häufig in direktem Verbund mit großen Bergbaubetrieben arbeiten, eine Schließung von Betrieben nicht zuließ, mußten die inländischen Absatzverluste durch Exporte kompensiert werden. Hierdurch kam es in bis dahin nicht gekanntem Umfang zu Lieferungen auf die internationalen Metallmärkte, wodurch die Tendenz fallender Preise noch verstärkt wurde.

<sup>1</sup> Die Untersuchung mit dem Titel „Infrastrukturkosten als Kostenelement bei ausgewählten mineralischen Rohstoffen der GUS“ wurde in Kooperation mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) — Außenstelle Berlin — und dem Osteuropa Consulting Center (OCC), Berlin, erstellt und dem Auftraggeber im Dezember 1997 übergeben. Eine Veröffentlichung als Strukturheft des DIW ist in Vorbereitung.

<sup>2</sup> Die Metallhütten konnten ihre Produktion zum Teil auch durch zusätzliche Lohnverarbeitung ausländischer Erzkonzentrate („tolling“) — wenn auch partiell auf einem deutlich niedrigeren Niveau — aufrechterhalten.

**Produktion, Verbrauch und Export ausgewählter Metallrohstoffe  
in der UdSSR und in der GUS<sup>1)</sup>**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	in 1000 t						
<b>Aluminium</b>							
Produktion	3 523	3 251	3 201	3 068	3 009	3 050	3 162
Verbrauch	2 790	2 409	1 465	810	586	573	307
Export	695	557	1 395	2 468	2 586	2 556	2 812
<b>Blei</b>							
Produktion	444	406	322	284	176	127	116
Verbrauch	407	365	285	292	216	176	126
Export	70	39	71	40	22	77	41
<b>Kupfer</b>							
Produktion	1 260	1 120	984	959	859	884	894
Verbrauch	1 000	880	620	500	450	400	350
Export	250	262	556	379	568	659	720
<b>Zink</b>							
Produktion	622	576	507	533	383	411	403
Verbrauch	584	426	378	329	271	233	264
Export	30	71	136	199	188	214	118
<b>Ferrochrom</b>							
Produktion	820	785	832	788	675	837	446
Verbrauch	691	585	389	253	203	157	108
Export	129	200	540	555	562	705	338
<b>Manganferrolegierungen</b>							
Produktion	2 238	1 903	1 711	1 177	1 090	934	857
Verbrauch	1 990	1 780	1 730	1 367	836	796	706
Export	298	123	253	515	663	563	324
<b>Nickel</b>							
Produktion	320	284	250	188	183	204	191
Verbrauch	175	150	123	64	37	37	36
Export	80	99	118	99	160	179	176
	Weltanteile in %						
<b>Aluminium</b>							
Produktion	18,2	16,5	16,4	15,5	15,7	15,5	15,3
Verbrauch	14,5	12,8	7,9	4,5	3,0	2,8	1,5
Export	7,9	5,8	14,0	22,9	21,9	21,6	21,9
<b>Blei</b>							
Produktion	8,1	7,6	6,0	5,3	3,4	2,4	2,1
Verbrauch	7,5	7,0	5,5	5,6	4,0	3,2	2,3
Export	5,0	2,7	4,6	2,5	1,3	4,6	2,2
<b>Kupfer</b>							
Produktion	11,7	10,5	8,8	8,5	7,7	7,7	7,2
Verbrauch	9,3	8,2	5,7	4,6	3,9	3,4	2,9
Export	5,3	7,9	11,5	9,7	10,7	12,3	13,5
<b>Zink</b>							
Produktion	9,3	8,3	7,2	7,4	5,3	5,7	5,5
Verbrauch	8,6	6,4	5,7	4,6	3,9	3,3	3,6
Export	1,3	2,9	4,7	6,7	6,2	6,7	7,0
<b>Ferrochrom</b>							
Produktion	23,3	21,4	23,8	23,6	18,4	19,0	12,3
Verbrauch	17,5	14,6	10,4	7,2	5,3	3,5	2,7
Export	6,7	9,9	23,3	26,2	21,1	20,8	10,4
<b>Manganferrolegierungen</b>							
Produktion	27,6	25,2	24,1	18,4	16,2	14,4	14,0
Verbrauch	24,5	23,6	24,4	21,3	12,4	12,3	10,6
Export	14,7	6,2	13,2	20,9	24,3	22,2	12,0
<b>Nickel</b>							
Produktion	34,1	31,0	28,2	23,4	22,2	22,2	20,0
Verbrauch	19,2	17,5	15,5	8,2	4,3	3,8	3,9
Export	37,9	46,1	31,8	21,7	30,1	30,6	27,9

<sup>1)</sup> Bis 1991 UdSSR, ab 1992 GUS.

Quellen: American Bureau of Metal Statistics Inc. — Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. — International Nickel Study Group. — Metallgesellschaft AG/World Bureau of Metal Statistics. — U.S. Bureau of Mines. — UNCTAD. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

## Entwicklung der Rohstoffexporte seit 1990

Vor allem *Aluminium* ist beispielhaft für die Exportoffensive der GUS-Länder, hier insbesondere der Russischen Föderation. Während zu Beginn der 90er Jahre der Weltexportanteil der UdSSR noch bei 6 bis 8 % gelegen hatte, erreichte er bereits 1993 rund 23 %, womit die GUS mit Abstand zum größten Exporteur von Hüttenaluminium vor Kanada und Australien avancierte.<sup>3</sup> Dieser Rang wurde bis 1996 gehalten; dabei hat sich das Liefervolumen gegenüber 1993 um 14 % erhöht (Tabelle).

Bei den Buntmetallen Blei, Kupfer und Zink zeigt die Exportentwicklung ein etwas differenzierteres Bild. Aufgrund einer um mehr als 70 % zurückgegangenen Produktion von *Raffinadeblei* war der Exportzwang der Hütten weniger groß; die inländische Nachfrage lag zeitweilig sogar über der Hüttenproduktion. So erreichte der Bleiexport bereits 1990 mit einem Anteil von 5 % am Weltexport sein Maximum; 1996 waren es 2,2 %.

Die Produktion von *Kupfer* hat von 1990 bis 1996 nur um 30 Prozent abgenommen. Bei gleichzeitiger Schrumpfung der Inlandsnachfrage um rund zwei Drittel stand seit 1992 ein erhebliches Exportpotential zur Verfügung, der Anteil am Weltexport stieg von knapp 12 % bis 1996 auf fast 14 %; hiermit war die GUS hinter Chile (27 %) zweitgrößter Kupferexporteur.

Auch bei *Zink* hat sich die Inlandsnachfrage (–55 %) seit 1990 stärker abgeschwächt als die Hüttenproduktion (–35 %). Infolgedessen sind die Weltmarktanteile der Exporte bis 1996 auf 7 % gestiegen. Die jährlichen Lieferungen von rund 0,2 Mill. t (1993 bis 1995) umfassen auch diejenigen Mengen, die im Rahmen von Lohnverarbeitungen (1993 haben russische Hütten 81 000 t Zink produziert) ausgeführt wurden, also nicht als inländischer Angebotsüberhang auf westliche Märkte gelangen. Allerdings dürfte bei weiter sinkendem Inlandsbedarf — auch unter dem Zwang von Devisenerwirtschaftung — die Notwendigkeit, die Ausfuhren zu steigern, zunehmen, zumal einige Hütten modernisiert wurden.

Erhebliche Auswirkungen hatten die wirtschaftlichen Veränderungen in den GUS-Ländern auf die Märkte der Legierungsmetalle *Chrom*, *Mangan* und *Nickel*. Allein der Rückgang der Rohstahlproduktion seit 1990 um 50 % hatte auf den inländischen Märkten bei Ferrochrom einen Bedarfseinbruch um 85 %, bei Manganlegierungen um 65 % und bei Nickel um 79 % zur Folge. Da aber die Hüttenproduktionen dieser Stahlveredler nicht entsprechend zurückgefahren wurden, sind die Angebotsüberhänge den Weltmärkten zugeführt worden. Dadurch konnte die GUS — hier vor allem Kasachstan und Rußland — ihre Exportanteile bei *Ferrochrom* weltweit von nur knapp 7 % im Jahre 1990 (UdSSR) auf gut 26 % (1993) steigern. Aufgrund von Interessenkonflikten zwischen Rußland und Kasachstan sind die Ausfuhranteile im Jahre 1996 jedoch auf 10 % gesunken.

Die Entwicklung bei *Manganferrolegierungen* ist bis 1996 durch einen fast synchronen Rückgang von Produktion und Verbrauch gekennzeichnet (62 bzw. 65 %). Vor allem 1993 und 1994 lieferte die GUS große Mengen Silicomangan zu niedrigen Preisen auf westliche Märkte. Der Anteil an den Weltexporten stieg 1994 gegenüber dem Vorjahr von 21 auf 24 %; er ging aber 1996 als Folge von Antidumpingklagen westlicher Erzeuger auf nur noch 12 % zurück. Die riesigen Kapazitäten für Manganlegierungen, vor allem in der Ukraine, ermöglichen der GUS bei Bedarf jederzeit eine Exporterhöhung.

Wie Chrom ist *Nickel* ein wichtiges Legierungselement für Edelstähle. Auch der inländische Nickelmarkt ist bis 1996 von einem gegenüber dem Verbrauchsrückgang (–79 %) geringeren Produktionsabbau (–40 %) gekennzeichnet. Nach erheblicher Steigerung der Exportmengen von 1994 an hat sich der Lieferanteil der GUS bei rund 30 % — mit zuletzt abnehmender Tendenz — eingependelt. Im Unterschied zu den Entwicklungen auf anderen Metallmärkten wurden die Auswirkungen der steigenden Nিকেlexporte aus der GUS auf den Weltmarkt nach 1993 durch den zunehmenden Bedarf der Edelstahlindustrie zunächst aufgefangen. Erst zusätzliche Exporte nickelhaltiger Schrotte führten ab 1995 zu einem Preisverfall.

## Ökonomische Situation der Metallhüttenindustrie

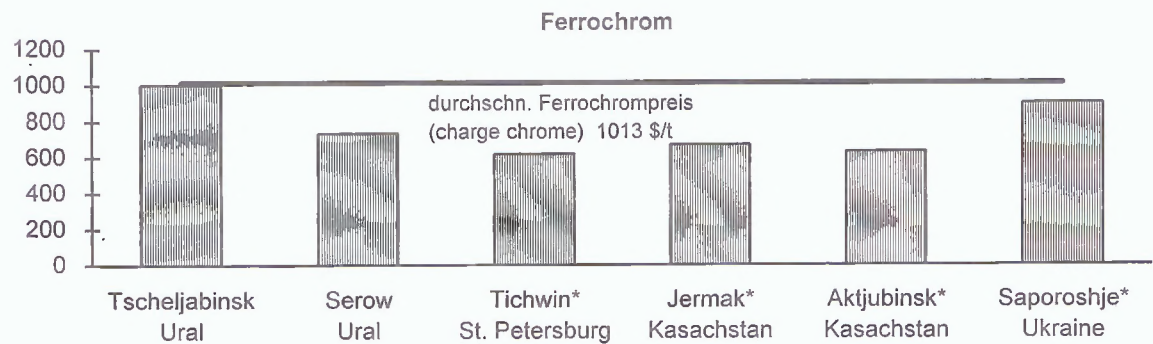
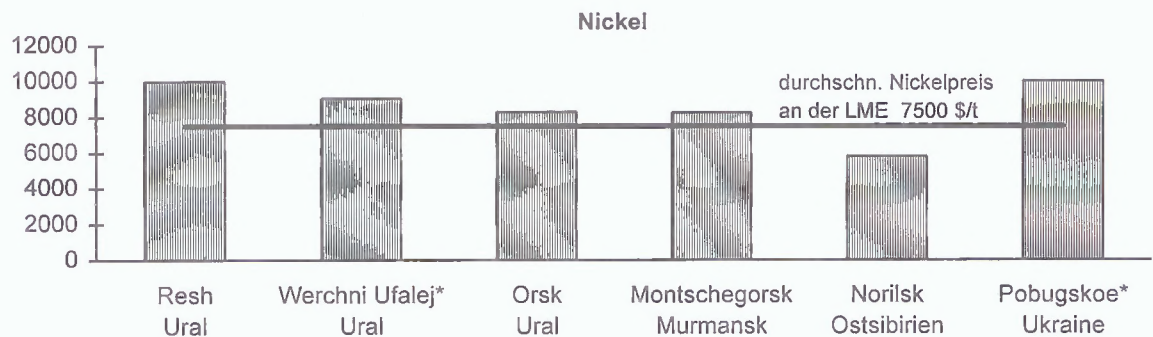
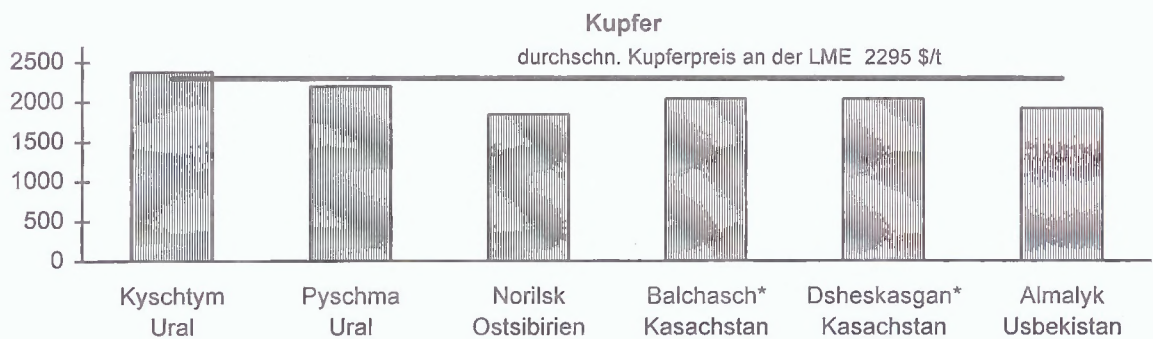
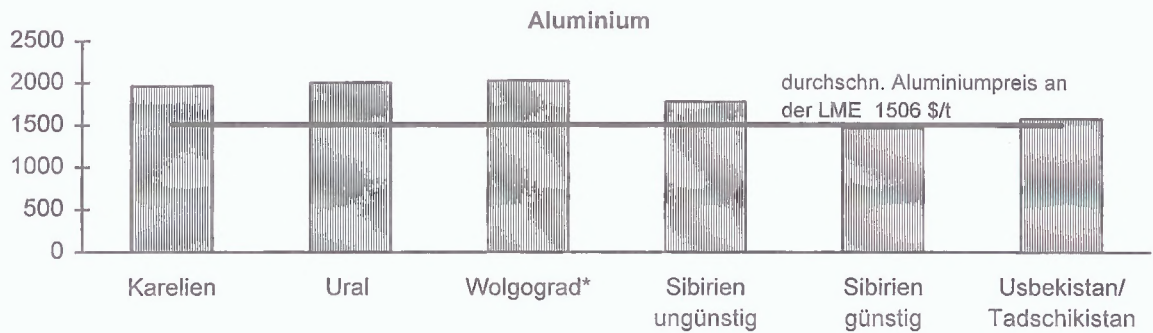
Die Hütten- und Ferrolegierungswerke sind in der GUS regional sehr ungleichmäßig verteilt, wobei ihre Standorte die ökonomischen und politischen Gegebenheiten in der UdSSR zum Zeitpunkt der Errichtung widerspiegeln. Bis zum Zweiten Weltkrieg entstanden Hüttenwerke vor allem auf Lagerstätten im dichter besiedelten europäischen Teil der UdSSR. In der Folgezeit wurde die Standortwahl zunehmend durch die Erschließung Sibiriens mit seiner billigen Wasserkraft sowie durch militärisch-strategische Gesichtspunkte beeinflusst, wobei alte Anlagen mangels ausreichender Neubauten auch bei Erschöpfung der lokalen Erzbasis bestehen blieben. Ihre Erzversorgung über oft sehr große Entfernungen ist heute unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu einem hohen Kostenfaktor geworden. Die Produktionskosten zahlreicher Werke werden außerdem durch die veraltete Technik und die verschlissenen Anlagen beeinträchtigt.

Nach den Erhebungen des OCC entfielen im Jahre 1996 von den gesamten Selbstkosten der Buntmetallurgie Rußlands allein rund 37 % auf die Materialkosten und jeweils gut 16 % auf die Elektroenergie- sowie die Lohnkosten. Wichtige Kostenarten waren ferner die Abschreibungen (10 %) und die Brennstoffe (8 %). In Abhängigkeit von den spezifischen Produktionsverfahren liegen bei den einzel-

<sup>3</sup> Für die Betrachtung der Rohstoffmärkte spielen die gebietlichen Unterschiede zwischen der früheren UdSSR und der heutigen GUS kaum eine Rolle.

# Kosten ausgewählter Rohstoffe der GUS nach Werken einschl. Transport bis Verschiffungshafen oder Grenze

Stand 1996 in \$/t



(\*) : Produktionskosten geschätzt.- LME : London Metal Exchange.

Quellen: LME, OCC, Berechnungen des DIW.

DIW 98

nen Metallen und Ferrolegierungen unterschiedliche Kostenstrukturen vor, die zudem auch zwischen den einzelnen Werken erheblich differieren. Unter den neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen erwies sich 1996 bei allen untersuchten Rohstoffen ein Teil der Werke durchaus als wettbewerbsfähig und konnte zu Weltmarktpreisen mit Gewinn exportieren (Abbildung). Um zu überleben, haben einzelne Betriebe aber auch unter Kosten exportiert. Es zeigte sich, daß die vielfach sehr weiten Eisenbahntransporte zu den Häfen (bis über 4 000 km) die Exportfähigkeit der Metalle und Ferrolegierungen z. B. nach Westeuropa kaum beeinträchtigten, da die Transportkosten nur wenige Prozent des Warenwertes ausmachen.

Etwa drei Viertel der russischen Hüttenkapazität für *Aluminium* sind in vier sibirischen Hüttenwerken konzentriert, die 1996 bei günstigen Produktionskosten Exportgewinne erzielen konnten. Aber auch die übrigen russischen Werke sowie die in Aserbaidschan, der Ukraine und in Tadschikistan mit z. T. deutlich höheren Kosten waren im Exportgeschäft tätig. Die günstigen Produktionskosten sind auch auf niedrige Energiepreise zurückzuführen. Im übrigen hat die Lohnverarbeitung ausländischer Rohstoffe inzwischen einen hohen Stellenwert; sie erspart den Werken die Finanzierung der Rohstoffversorgung. Da die inländischen Aluminiumrohstoffe unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr wettbewerbsfähig sind, müssen Bauxit und Tonerde importiert werden.

Die *Kupferindustrie* in der GUS verteilt sich auf Nordsibirien, die Kola-Halbinsel, den Ural, Kasachstan und Usbekistan. Im Jahre 1996 konnte die Raffinadeproduktion vielfach mit Gewinn nach Westeuropa exportiert werden. Die großen Produzenten in Norilsk (Nordsibirien) sowie in Kasachstan verfügen über bedeutende Lagerstätten, während die alten Uralhütten schon seit längerem auf zugeführte Vorstoffe angewiesen sind. Entsprechend unterschiedlich sind die wirtschaftliche Situation und die Chancen für umfassende Modernisierungen.

Die *Zinkhütten* befinden sich im wesentlichen im Ural und im Nordkaukasus in Rußland, in Ostkasachstan und in Usbekistan. Von den Produktionskosten her sind nur die modernen und an hochwertigen Lagerstätten gelegenen kasachischen Hütten international wettbewerbsfähig, während die alten russischen Hütten erheblichen Modernisierungsbedarf aufweisen. Auch die in Kasachstan, Rußland und in der Ukraine gelegenen *Bleiraffinerien* waren im Jahre 1996 nur mit Einschränkungen auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig.

Die wichtigen *Ferrochromwerke* in der GUS sind im russischen und kasachischen Teil des südlichen Ural sowie in Ostkasachstan angesiedelt; in ihrer Erzversorgung sind sie von einem Lagerstättenrevier im kasachischen Teil des Ural abhängig. Das 1996 erzeugte Ferrochrom dürfte überwiegend mit Gewinn exportiert worden sein, doch mußte die russische Produktion nach der Unterbrechung der Erzlieferungen durch Kasachstan erheblich eingeschränkt werden. Die Umstellung ihrer Versorgung auf Importerze

aus Drittländern könnte die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Werke nicht zuletzt wegen der dann höheren Transportkosten beeinträchtigen.

Nahezu 90 % der erzeugten *Mangan-Ferrolegierungen* stammen aus der Ukraine, der Rest verteilt sich auf Rußland, Georgien und Kasachstan. Die Produktion dient vorzugsweise dem Bedarf der inländischen Stahlindustrie und wurde erst in jüngster Zeit verstärkt exportiert. Zumindest Ferromangan konnte 1996 nicht mit Gewinn exportiert werden.

Dagegen liegen die *Nickelhütten* fast ausschließlich in Rußland mit Produktionsschwerpunkten im nördlichen Sibirien (Norilsk) und auf der Kola-Halbinsel. Nur Norilsk hat 1996 mit Gewinn exportiert. Die vor dem Zweiten Weltkrieg errichteten Anlagen im Ural sind neben hohen Kosten auch durch Vorstoffmangel gefährdet.

### Mittelfristige Perspektiven für Metallexporte aus der GUS

Die Höhe der künftigen Metall- und Ferrolegierungsexporte aus der GUS wird vor allem von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der dortigen Hüttenwerke abhängen. In den letzten Jahren haben das verhaltene Wachstum der Weltwirtschaft und Überangebote auf den Weltmärkten — nicht zuletzt durch hohe Exporte aus der GUS — zu einer Stagnation der Rohstoffpreise unterhalb des Standes gegen Ende der 80er Jahre geführt.

Die derzeit verfolgten weltweiten Neubauplanungen lassen erwarten, daß die Rohstoffpreise mittelfristig allenfalls schwach zunehmen, teilweise sogar weiter zurückgehen werden. Für die GUS-Produzenten ergibt sich daraus ein verstärkter Zwang zu kostensenkenden Investitionen in die vielfach veralteten Anlagen. Die notwendige Kapitalbeschaffung dürfte für die wichtigen Werke möglich sein, wie eine Reihe laufender Werksmodernisierungen — teilweise unter Beteiligung westlicher Banken und Unternehmen — zeigt. Die Stilllegung überalterter Anlagen könnte teilweise durch Werksneubauten — vor allem in den rohstoffreichen südlichen GUS-Staaten — kompensiert werden, so daß sich für die Zukunft keine wesentlichen Kapazitätseinschränkungen abzeichnen. Dies um so eher, als die hohe außenwirtschaftliche Bedeutung der Metallexporte auch staatliche Hilfsmaßnahmen erwarten läßt. Angesichts fehlender Anzeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung und damit einer Belebung der inländischen Nachfrage sind auch weiterhin hohe Rohstoffexporte aus der GUS zu erwarten.

Für *Aluminium* wird mittelfristig mit einem etwa zweiprozentigen Wachstum des Weltverbrauchs gerechnet, wobei neue kostengünstige Hüttenkapazitäten kaum steigende Preise zulassen werden. Die vermutlich nur wenig schrumpfende Produktionskapazität und ein schwacher Inlandsmarkt in der GUS werden eine Fortsetzung der Exporte in der bisherigen Größenordnung ermöglichen.

Große *Bleiexporte* sind bei mittelfristig allenfalls schwach steigendem Bleipreis und unsicheren Überlebenschancen der russischen Hütten auch künftig wohl nicht zu erwarten.

Auch für den *Welt-Kupferverbrauch* erscheint ein mittelfristiges jährliches Verbrauchswachstum von gut 2 % realistisch. Durch die derzeit geplanten Kapazitätserweiterungen dürfte der Weltmarkt auch weiterhin von einem Überangebot und nur moderat steigenden Preisen gekennzeichnet sein. Sofern keine Zubauten erfolgen, dürften die Produktionskapazität für Raffinadekupfer in der GUS schrumpfen und das Exportvolumen nicht mehr ausgeweitet werden.

Der *Welt-Zinkverbrauch* dürfte längerfristig nur um jährlich rund 1 % zunehmen. Auch hier werden sich die Preissteigerungen in engen Grenzen halten. Bereits eingeleitete Modernisierungen von Zinkhütten in der GUS durch international tätige Gesellschaften lassen künftig eine wesentlich verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit und vielleicht sogar deutlich zunehmende Zinkexporte erwarten.

Mittelfristig dürfte der von der Edeltahlerzeugung bestimmte *Ferrochrommarkt* um jährlich gut 3 % wachsen. Erhebliche Überkapazitäten und ein zumindest zeitweilig verstärkter Einsatz von billigerem Edeltahlschrott werden die Preisentwicklung auch künftig dämpfen. Auch bei einer anzunehmenden Schrumpfung der Produktionskapazität in der GUS kann bei Lösung grenzbedingter Versorgungsprobleme weiterhin ein Exportvolumen in der bisherigen Größenordnung unterstellt werden.

Kennzeichnend für den künftigen *Welt-Manganmarkt* werden eine sehr langsam zunehmende Rohstahlerzeugung, sinkende spezifische Manganverbräuche und moderat steigende Preise sein. Obwohl die Ferromanganproduktion der GUS bisher international wenig wettbe-

werbsfähig war, könnten Modernisierungen der sehr großen Werkskapazitäten ein beachtliches Exportpotential schaffen.

Der insbesondere von der Erzeugung rostfreier Edeltähle bestimmte *Nickelmarkt* dürfte mittelfristig um jährlich rund 3 % zunehmen. Das ohnehin bestehende Überangebot und die Inangriffnahme kostengünstiger neuer Produktionskapazitäten werden nach dem Jahr 2000 voraussichtlich zu fallenden Nickelpreisen führen. Da schon bisher nur die Produktion von Norilsk mit Gewinn exportiert werden konnte, wird für die GUS mittelfristig von einer schrumpfenden Hüttenkapazität und einem Exportpotential unterhalb des 1996 erreichten Niveaus ausgegangen.

### Résumé

Die Kostenerhebungen in Hütten- und Ferrolegierungswerken in der GUS haben gezeigt, daß — je nach untersuchtem Rohstoff — ein unterschiedlich großer Teil der Produktion zu Weltmarktpreisen von 1996 gewinnbringend exportfähig war. Zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit bei mittelfristig nur wenig steigenden Preisen sind umfangreiche Werksmodernisierungen erforderlich, wofür vielfach auch realistische Chancen gesehen werden. Begrenzte Kapazitätseinschränkungen und nur schwach zunehmende Inlandsmärkte werden daher insbesondere bei Aluminium, Kupfer, Ferrochrom und Nickel auch mittelfristig Exporte in den zuletzt erreichten Größenordnungen zulassen. Exportausfälle aufgrund politischer Konflikte zwischen den GUS-Staaten würden zwar die Verbrauchsdeckung der westlichen Nachfrager nicht nachhaltig gefährden, angesichts der z. T. hohen Angebotskonzentration auf den Weltmärkten und der beachtlich hohen Versorgungsanteile der GUS aber zu spürbaren Preiserhöhungen führen.

# Aus den Veröffentlichungen des DIW

## Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO<sub>2</sub>-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin  
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200  
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,  
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

*Verarbeitendes Gewerbe: Inlandsnachfrage im ersten Quartal mit mehr Dynamik.* Bearbeitet von Arthur Boneß. —  
*Wohnungsmieten in Deutschland im Jahr 1997 — Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).*

Bearbeitet von Joachim Frick und Herbert Lahmann. —

*Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).*

Bearbeitet von Peter Eggert und Eberhard Wettig.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 3 Prospekte des Verlages Duncker & Humblot —

DEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren<sup>1)</sup>

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) <sup>2)</sup>														
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungs- güter- produzenten	Investitions- güter- produzenten	Gebrauchs- güter- produzenten	Verbrauchs- güter- produzenten					
					Insgesamt		Inland		Ausland										
	in 1000				1991 = 100														
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1996	J	3808		325		95,2		90,4		104,6		96,1		97,3		86,0		93,7	
	F	3888	3876	323	326	93,9	94,7	88,1	89,2	105,3	105,7	93,5	94,7	98,1	98,4	84,5	85,6	90,7	92,4
	M	3933		330		95,1		89,1		107,2		94,4		99,7		86,2		92,7	
	A	3921		333		95,7		89,7		107,8		96,2		99,0		86,2		92,7	
	M	3931	3934	330	331	95,6	96,0	88,4	89,8	110,0	108,4	96,7	96,5	97,6	99,2	87,0	86,7	93,6	92,9
	J	3952		331		96,7		91,4		107,5		96,6		101,1		86,9		92,5	
	J	3978		327		96,4		89,0		111,1		97,6		98,8		87,2		91,9	
	A	4002	4005	324	326	97,0	96,4	89,9	89,3	111,0	110,5	98,6	98,4	98,4	97,5	89,2	87,8	92,3	92,5
	S	4036		328		95,9		89,1		109,4		99,0		95,2		86,9		93,2	
	O	4078		329		98,7		90,8		114,7		100,4		101,2		89,0		91,7	
	N	4122	4116	328	329	97,9	97,9	89,2	89,8	115,2	114,1	100,4	100,2	99,2	99,4	88,1	88,2	91,2	91,5
	D	4150		332		97,1		89,5		112,3		99,8		97,8		87,5		91,7	
1997	J	4263		329		98,8		89,2		118,1		101,0		100,7		89,3		91,7	
	F	4262	4263	332	328	99,9	99,7	90,7	90,2	118,4	118,7	103,9	103,2	99,3	99,8	89,5	89,6	93,7	92,9
	M	4264		325		100,4		90,8		119,5		104,7		99,5		90,0		93,3	
	A	4317		321		101,0		90,5		122,1		104,5		101,9		90,8		91,6	
	M	4370	4361	328	326	101,1	101,3	91,3	90,6	120,8	122,9	105,6	105,9	101,0	100,9	89,9	90,7	90,6	91,4
	J	4399		331		101,9		89,9		125,9		107,7		99,9		91,3		92,1	
	J	4430		335		102,2		91,9		123,0		107,7		100,7		91,4		92,0	
	A	4473	4466	345	341	103,2	103,4	91,5	91,6	126,7	127,0	107,8	107,9	104,3	104,2	89,0	90,9	91,3	90,9
	S	4495		344		104,8		91,5		131,3		108,3		107,6		92,2		89,5	
	O	4500		347		104,3		92,8		127,4		108,7		105,6		90,9		90,6	
	N	4497	4503	357	356	105,0	105,1	93,7	93,3	127,9	128,8	110,4	109,7	105,2	106,2	91,1	91,5	92,6	92,3
	D	4513		365		105,9		93,3		131,2		109,9		107,7		92,6		93,6	
1998	J	4426		373		106,6		96,4		127,4		109,9		110,3		93,3		90,2	
	F	4426	4427	387	388	108,5	107,5	97,9	96,9	129,7	128,9	110,3	110,0	113,2	111,9	97,2	95,7	92,5	90,1
	M	4432		405		107,5		96,4		129,5		109,7		112,2		96,7		87,7	
	A	4409		423															
	M																		
	J																		
	J																		
	A																		
	S																		
	O																		
	N																		
	D																		

<sup>1)</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

— <sup>2)</sup> Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

		Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe		Produktion <sup>2)</sup>										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) <sup>2)</sup>			
				Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüterproduzenten		Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten		Bauhauptgewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
		in 1000		1991 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1996	J	6668		95,5		94,7		84,8		94,8		117,5		99,7		64,4		57,5	
	F	6638	6637	94,4	94,9	93,6	94,2	85,9	84,5	95,3	95,2	102,4	110,1	101,6	100,5	63,0	190,7	54,7	168,1
	M	6608		94,8		94,4		82,7		95,6		110,4		100,1		63,2		55,9	
	A	6581		95,2		94,9		83,9		96,8		118,8		100,7		65,2		57,5	
	M	6556	6554	95,7	95,4	94,9	94,7	85,6	84,5	96,6	96,7	120,4	119,8	99,8	99,8	64,0	192,9	55,7	170,2
	J	6527		95,4		94,4		84,1		96,6		120,2		98,8		63,6		57,1	
	J	6500		95,2		94,0		84,8		95,7		119,9		101,2		66,3		57,1	
	A	6477	6477	97,1	96,4	96,1	95,6	87,5	85,8	96,1	96,1	119,6	119,8	101,6	100,7	65,9	197,2	57,3	172,1
	S	6455		96,9		96,7		85,0		96,4		119,9		99,2		65,0		57,7	
	O	6437		96,8		96,1		85,6		96,3		116,7		100,7		68,2		58,5	
N	6414	6417	97,2	97,0	96,5	96,1	84,8	84,9	96,2	96,1	114,4	116,9	100,7	100,2	67,8	203,5	59,2	177,3	
D	6400		96,9		95,8		84,3		95,7		119,7		99,3		67,6		59,6		
1997	J	6377		97,7		97,8		85,1		96,1		110,4		101,3		67,7		59,5	
	F	6361	6361	98,7	98,4	98,4	97,5	83,4	85,7	95,8	96,1	122,5	117,0	98,4	99,5	70,4	210,1	61,9	183,2
	M	6346		98,8		96,2		88,6		96,3		118,2		98,8		72,0		61,8	
	A	6333		99,1		98,8		87,2		94,1		110,9		100,5		69,6		60,3	
	M	6315	6318	98,6	99,5	97,9	99,2	82,4	85,5	94,6	94,4	106,3	108,6	99,3	100,2	73,6	217,5	64,8	187,7
	J	6307		100,7		100,9		86,8		94,5		108,5		100,9		74,4		62,7	
	J	6298		102,5		102,7		89,0		95,8		109,7		100,0		74,1		64,2	
	A	6289	6290	99,6	100,9	99,1	100,5	81,7	85,6	94,6	95,0	105,9	107,9	96,4	98,8	74,8	226,1	65,6	194,3
	S	6284		100,6		99,6		86,0		94,6		108,2		100,1		77,1		64,5	
	O	6283		102,3		102,1		85,8		95,1		112,6		101,5		75,5		66,5	
	N	6277	6278	102,9	102,8	103,0	102,5	87,0	86,3	95,0	95,5	112,3	111,9	97,1	98,9	78,1	232,1	67,5	199,5
	D	6274		103,1		102,4		86,2		96,5		110,9		98,2		78,5		65,6	
	J	6291		103,7		102,9		85,8		97,3		120,0		98,2		79,1		68,6	
	F	6288		105,0	104,6	105,4	106,0	90,3	87,3	96,3	96,1	113,1	114,3	98,6		79,7		67,6	
M			105,2		109,7		85,9		94,8		109,9								
A																			
M																			
J																			
J																			
A																			
S																			
O																			
N																			
D																			

<sup>1)</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

— <sup>2)</sup> Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.